



WESSEN BILDUNG? UNSERE BILDUNG?!

Das bildungspolitische Programm der SLP

SLP
Sozialistische Linkspartei

Inhalt

Statt einem Vorwort	3
Die Schule fürs Leben	5
Wir lernen...	
...Autoritäten zu gehorchen	5
... zu funktionieren	5
... die Ellenbogen auszufahren	6
...die herrschende Ideologie	7
... unseren Platz in der Gesellschaft zu akzeptieren	7
Die aktuelle Misere	11
Kindergarten/Grippe	11
Haupt- und Berufsschule	13
AHS/BHS	15
Universitäten und Fachhochschulen	17
Eltern	20
Lehrende	21
Erwachsenenbildung	24
Neue und alte Ideen zur Schule	26
Mittlere Reife	26
Neue Mittelschule	26
Formale und nicht inhaltliche Diskussion	27
Wessen Bedürfnisse?	27
Wer bekommt welche Bildung?	27
Andere Schulkonzepte	28
Breite Schulreform	28
Bildung & Migration – eine soziale, keine kulturelle Frage	30
Geld ist genug da – Holen wir es uns von denen, die es haben!	33
Wo das Geld gekürzt wird	33
Wo das Geld ist	34
Statt Ärgern – gemeinsam Organisieren!	36
Bildung ganz anders	40
Das SLP-Bildungsprogramm:	43

An dieser Broschüre mitgearbeitet haben: Albert Kropf, Anna Schneider, Christian Bunke, Georg Kummer, Herbert Wanko, Karin Wottawa, Laura Rafetseder, Lisa Wawra, Nora Brandes, Sebastian Kugler, Sonja Grusch, Tilman M. Ruster

Impressum:

MHV Sozialistische LinksPartei/SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Layout, Satz, Umbruch und Umschlaggestaltung: Harald Mahrer, Wien

Statt einem Vorwort

Die „Bildungsmisere“ brennt vielen unter den Nägeln. „Da muss sich endlich was tun“ – das sehen wir auch so. In Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, kann fast eine Million Menschen nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Eine Vielzahl von Untersuchungen zeigt, dass das Bildungssystem im Argen liegt. Weniger untersucht, aber uns allen sehr bekannt ist auch folgendes Phänomen: Kinder freuen sich auf die Schule, Studierende auf die Uni, LehrerInnen auf ihren Job. Und schon nach wenigen Jahren im „System“ warten alle nur mehr darauf, es rasch hinter sich zu bringen. Die Begeisterung ist verflogen, die Bildungseinrichtungen werden auf zahlreichen Klo-Wänden mit Gefängnissen und vergeudeter Lebenszeit gleichgesetzt. Was ist das für ein krankes System, das Menschen den Wunsch, etwas zu lernen bzw. zu lehren, austreibt, Menschen von Bildung ausschließt und dabei auch noch so ineffizient ist!

Marx hat analysiert, dass im Kapitalismus alles zur Ware wird und dass die herrschende Ideologie die Ideologie der herrschenden Klasse ist. Beides trifft auf die Bildung zu. Unser Bildungswesen bzw. Ideen für ein besseres Bildungswesen sind also nichts wertfreies, objektives, sondern die verschiedenen Konzepte, Ideen und Vorschläge dienen bestimmten Interessen. Auch wenn es fortschrittliche PädagogInnen gibt, gute Ansätze in der Wissensvermittlung und Projekte, die soziale Kompetenzen fördern, ändert das am Gesamtsystem nichts.

Im Abschnitt „Die Schule fürs Leben“ setzen wir uns damit auseinander, welche Rolle Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen im Kapitalismus spielen – von ihrer Disziplinierungsfunktion bis hin zur Indoktrination der herrschenden Ideologie. In einem zweiten Teil mit dem Titel „Die aktuelle Misere“ werfen wir einen Blick auf die unterschiedlichen Bereiche des Bildungssystems. Wir analysieren die jeweilige Situation, stellen Forderungen auf und zeigen auf, was Betroffene unternehmen können, um sich zu organisieren und gemeinsam für Verbesserungen zu kämpfen.

Der Abschnitt „Neue und alte Ideen zur Schule“ gibt einen Überblick und eine Analyse der verschiedenen Konzepte zu Schule und Bildung wie der „Neuen Mittelschule“ und zeigt auf, dass auch reformpädagogische Konzepte nicht ideologiefrei sind. In „Bildung und Migration“ geht es darum, aufzuzeigen, dass nicht MigrantInnen schuld an der Bildungsmisere sind, sondern die Frage des Bildungsstandes eine soziale und keine kulturelle ist. Im Abschnitt „Geld ist genug da – Holen wir es uns von denen, die es haben“ stellen wir die wichtigsten Kürzungen im Bildungsbereich seit den 1990er Jahren dar und zeigen, dass es in Österreich bei Wohlhabenden und Unternehmen genug Geld zur ordentlichen Finanzierung unseres Bildungswesens zu holen gäbe. In „Statt

Ärgern – gemeinsam organisieren“ geht es um das Verhältnis zwischen der politischen Arbeit in existierenden Strukturen und die Notwendigkeit zur demokratischen Selbstorganisation. Abschließend versuchen wir in „Bildung ganz anders“ einen Ausblick darauf zu geben, wie Bildung in einer sozialistischen Gesellschaft aussehen könnte, in der die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Interessen der Unternehmen an erster Stelle stehen.

Wir haben versucht, dort, wo es in verschiedenen Bereichen ähnliche Probleme gibt, Überschneidungen zu verhindern und stellen am Ende noch einmal zusammengefasst unser Programm dar.

Die Texte in dieser Broschüre sind ein Angebot an Interessierte, mit uns weiter zu diskutieren. Sie sind zugleich auch eine Aufforderung, mit uns aktiv zu werden, um gemeinsam für Verbesserungen im Bildungswesen und eine sozialistische Welt ohne Profitinteressen zu kämpfen.

Ein paar Zahlen zum Zustand unseres Bildungssystems:

- Nur 15,8% der unter 3-jährigen haben einen Krippenplatz
- In 50% der AHS-Unterstufenklassen, in fast 10% der Hauptschulklassen und in 27% der Berufsschulklassen sitzen mehr als 25 SchülerInnen.
- 47,6% der Lehrlinge müssen bis zu fünf Stunden pro Monat, 14,8% sogar bis zu 15 Stunden pro Monat Überstunden leisten.
- Österreichweit fehlen 350.000 Ganztagschulplätze.
- Eltern müssen laut einer Ifes-Studie zwischen 500 und 900 Euro pro Jahr für Nachhilfe ausgeben.
- Der Anteil der erwerbstätigen Studierenden liegt bei 62%, 45% arbeiten während des ganzen Semesters. Insgesamt arbeiten erwerbstätige Studierende durchschnittlich 19,7 Stunden pro Woche.
- 60% aller Jugendlichen haben Angst, keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden.
- Die Ausgaben für Bildung sind von 1995-2005 von 6 % des BIP auf 5,4 % gesunken.

Die Schule fürs Leben

„Für das Leben lernen wir, nicht für die Schule!“ wird uns heute von etablierter Seite weisgemacht, mit anderen Worten: „Was wir in der Schule lernen, hilft uns für unser Leben.“ Obwohl vielen Lernenden diese Aussage auf den ersten Blick vielleicht wie ein Hohn vorkommen mag, so ist da doch was Wahres dran.

Wir lernen...

...Autoritäten zu gehorchen

Vom Aufstehen zum Stundenanfang bis zur simplen räumlichen Anordnung der Schulklassen und Hörsäle wird uns Autoritätshörigkeit indoktriniert. Der übliche Frontalunterricht ist bewiesenermaßen lerntechnisch vollkommen ineffektiv. Seine Existenzberechtigung erhält er dadurch, dass er billiger ist und uns daran gewöhnt, Autoritäten zu akzeptieren und zu ihnen aufzublicken. „Der Herr Professor“ wird im späteren Leben „Der Chef“ oder „Der Vorgesetzte“. Es gibt kaum Möglichkeiten zur „Mitbestimmung“ durch die Mehrheit der Lernenden – weder in der Schule noch an den Universitäten kann bei zentralen Fragen mitgeredet, geschweige denn mitentschieden werden. Wir sollen unseren Platz in der Gesellschaft akzeptieren und uns darin zurecht finden. Das gilt auch für unsere Geschlechterrolle. Denn das Bildungswesen, so wie es existiert, bricht Geschlechterrollen nicht auf, sondern zementiert sie ein. Trotz diverser Projekte werden im „normalen“ Unterricht Geschlechterstereotypen gelehrt. Das gilt sowohl auf formaler als auch auf inhaltlicher Ebene. Auf formaler Ebene werden Mädchen in bestimmten Gegenständen anders benotet als Burschen, und auf inhaltlicher Ebene finden sich Frauen im Unterricht unterrepräsentiert: Wieviele historisch und politisch wichtige Frauen finden sich in Geschichtsbüchern, welche Autorinnen werden in Deutsch oder Englisch durch genommen? Gleichzeitig findet sich wenig Platz für die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und allgegenwärtigem Sexismus, ganz im Gegenteil! Seit in Schulen Werbung erlaubt ist, wird sogar schon in Schulen ein frauenfeindliches Körperbild transportiert.

... zu funktionieren

Zuspätkommen wird besonders bei Lehrlingen drakonisch bestraft, immerhin sollen wir ja aufs Berufsleben vorbereitet werden, da kann das den Job kosten. In den Schulen wimmelt es nur so von „Verhaltensvereinbarungen“, an denen SchülerInnen, obwohl sie die große Mehrheit an der Schule sind, we-

nig bis nichts mit zureden haben. SchülerInnen wird zugemutet, den ganzen Tag zu arbeiten, aber nicht, unbeaufsichtigt im Hof Fußball zu spielen. Auch Noten und Prüfungen haben einen ähnlichen Zweck. Zahlreiche Studien zeigen, dass Noten wenig über das tatsächliche Wissen aussagen und teilweise extrem willkürlich verteilt werden. Aber sie sind ein Disziplinierungswerkzeug, das uns auch darauf abrichtet, auf Knopfdruck (also zum Prüfungstermin) zu funktionieren. Tests wie Pisa werden dazu herangezogen, um die Probleme in unserem Schulsystem aufzuzeigen. Einerseits sind solche Tests, wie auch IQ-Tests etc., durchaus fragwürdig. Welches Wissen wird abgefragt, welche Fähigkeiten, wer hat sie mit welchem Ziel erstellt? Eines allerdings zeigt Pisa schon: nämlich, dass das österreichische Schulsystem besonders veraltet ist, dass es v.a. um abprüfbares Wissen, nicht um Verständnis und eigenständiges Erarbeiten geht. Bei PISA wird nicht auswendig gelerntes Wissen abgeprüft, sondern die Anwendung. Das steht allerdings im Widerspruch zu vielen herkömmlichen Prüfungsmethoden, die heute noch zum überwiegenden Teil auf den Schulen und Hochschulen angewandt werden. Dies gilt insbesondere auch für die neue Zentralmatura, die eine Abkehr vom Individuum SchülerIn und ein Hin bzw. Zurück zu abprüfbarem Wissen bedeutet. Die Zentralmatura erhöht den Druck, den vorgegebenen Stoff durchzupeitschen. Dadurch werden bisher existierende Freiräume für Diskussion und Themen, die SchülerInnen interessieren noch weiter eingeschränkt.

Funktionieren, ans System angepasst sein, dem System nutzbar zu sein, das ist wichtig in unserem Schulsystem. Nicht zuletzt deshalb waren und sind Menschen mit besonderen Bedürfnissen auch in „Sonder“schulen. Dass auch viele MigrantInnenkinder in „Sonder“schulen abgeschoben werden zeigt, dass die Frage „Behinderung“ relativ ist – wer den normalen Verlauf des Systems behindert, wird aussortiert. „Besondere Bedürfnisse“ haben wir auf die eine oder andere Form alle, manche mehr, manche weniger. Wenn es nun Schritte in Richtung „Integration“ ins Regelschulwesen gibt, so sind diese bestenfalls halbherzig: denn oft wird zwar der Auftrag erteilt, die Mittel dazu aber nicht zur Verfügung gestellt.

... die Ellenbogen auszufahren

Solidarität wird im Bildungswesen als Makel, nicht als positiv präsentiert. Denn schon von klein auf lernen wir, den anderen Mit-Lernenden nicht zu helfen. Hausübungen abschreiben lassen oder bei Tests Antworten zuflüstern wird sanktioniert. JedeR lernt für sich allein. Wir lernen theoretisch – z.B. in Ethik – über Solidarität, werden aber praktisch dazu erzogen, egoistisch und als Individuum zu agieren. Im Kapitalismus herrscht die Konkurrenz, das Schulsystem muss uns darauf vorbereiten, später im Berufsleben „nach oben zu buckeln“ (sich beim Lehrenden einschleimen, petzen) und „nach unten

zu treten“ (nicht einsagen, petzen). Im tagtäglichen Kampf um Arbeitsplatz oder Beförderung ist Solidarität für die Herrschenden lästig. Wenn sich ArbeiterInnen in Gewerkschaften zusammenschließen, miteinander solidarisch agieren, dann stört das das Gewinnbestreben der Unternehmen. Und genau deshalb soll uns in allen Bildungseinrichtungen auch die Solidarität von klein auf ausgetrieben werden. Wir sollen „besser“ und „schneller“ als andere sein, werden teilweise sogar bestraft, wenn wir helfen. Ein krankes System.

...die herrschende Ideologie

Wenn wir in Physik über Atomkraft lernen oder in Biologie über Schwangerschaft und Verhütung, dann ist das natürlich nie „objektiv“ sondern (Mainstream)-Propaganda. Wenn Teile des Bildungswesens von Zahlungen der Wirtschaft abhängig sind, dann bedeutet das auch direkten, inhaltlichen Einfluss. Auseinandersetzungen mit „ethischen Komplikationen“ potenziell problematischer Themen werden bewusst vermieden, weil: „Wir kommen sonst im Stoff nicht weiter“. Bestenfalls werden Fragen wie „Wie darf ich mich gegen Ungerechtigkeit wehren“, die Debatten um Sexualität, Verhütung und Schwangerschaftsabbruch, Stammzellenforschung, Tierversuche, Hunger in der dritten Welt als Folge der Politik etc. in den Religions- oder Ethikunterricht abgeschoben. Solche Diskussionen in ein Fach zu sperren (und dort meist von ReligionslehrerInnen behandeln zu lassen) entspricht genau der bürgerlichen Vorstellung von „Politik raus aus der Schule“, was eigentlich heißen sollte „Unsere Politik rein in die Schule“. Genau dadurch, dass uns Bildung „wertfrei“ vermittelt werden soll, reproduziert sie bürgerliche Wertvorstellungen. Denn Bildung ist niemals „objektiv“, sondern Teil der herrschenden Ideologie. Egal ob offen oder versteckt: die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse! Ein Geographielehrer, der in der Stunde EU-Materialien zum Thema EU-Erweiterung austeilt, würde nie verdächtigt werden, kapitalistische Propaganda zu betreiben. Eine linke Lehrerin, die in Politische Bildung kritisch über die Auswirkungen der Politik von IWF und WTO unterrichtet, fängt sich leicht den Verdacht der „Meinungsmache“ ein. Was in den Unterrichtsmaterialien steht, ist prägend für jene, die damit lernen – und ist sorgfältig ausgewählte Propaganda, die uns nur deshalb nicht als solche erscheint, weil sie die normale, täglich erlebte Propaganda ist. Kreuz, Bundesadler und Präsidentenportrait in den Schulen sind Symbole dafür, dass es keine „ideologiefreie“ Bildung gibt.

... unseren Platz in der Gesellschaft zu akzeptieren

EinE AHS-MaturantIn hat zwar in der 7. Klasse gewusst, in welchem Jahr Schillers „Die Räuber“ entstand, weiß aber nicht, was zu tun ist, wenn der

Wasserhahn tropft. EinE Installateurslehrling hat schlechte Chancen, in seinem/ihrer Leben ein Bachmann-Gedicht zu interpretieren.

Die Struktur eines Bildungssystems spiegelt die ökonomischen Bedürfnisse eines Gesellschaftssystems wieder. Die Tatsache, dass über Jahrtausende nur eine kleine Minderheit, nämlich die Kinder aus den herrschenden Klassen, überhaupt in den Genuss irgendeiner Bildung kamen, war direkter Ausdruck davon, dass Sklaven und Leibeigene keine Bildung brauchten, um ihre Arbeit zu verrichten – bzw. die dazu nötige Bildung ihnen bei der Arbeit von ihren Eltern und Geschwistern vermittelt wurde. Lesen und Schreiben gehörte in der Regel nicht dazu. Elitenbildung in der einen oder anderen Form ist jeder Klassengesellschaft immanent. Erst mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Lohnarbeit hatte die herrschende Klasse ein Interesse daran, dass eine größere Schicht der Arbeitskräfte ein gewisses Wissenslevel erhielt, um sie dem technologischen Fortschritt und der fortschreitenden Arbeitsteilung anzupassen. Gleichzeitig hat die ArbeiterInnenklasse von Anfang an auch für den Zugang zu Bildung gekämpft. Die ArbeiterInnenbildungsvereine gehörten zu den ersten Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Es ging auch darum, sich zu der im Kapitalismus immer stumpfsinnigeren und fremdbestimmteren Lohnarbeit durch ein Mehr an Bildung einen Ausgleich zu schaffen. Doch nichts wurde einfach so gewährt, alles musste erkämpft werden. In den späten 1960er- und während der 1970er- Jahre fand vor dem Hintergrund des Nachkriegsaufschwungs international eine Welle von Klassenkämpfen und revolutionären Entwicklungen statt, an denen sich Jugendliche – auch SchülerInnen und Studierende – beteiligten. Vor diesem Hintergrund konnten auch im Bildungsbereich Reformen erreicht werden, die das Bildungssystem etwas durchlässiger machten und es ArbeiterInnenkindern erleichterten, Gymnasien und Universitäten zu besuchen. Das hob jedoch Selektion und Elitenbildung nicht auf, sondern diese nur auf eine neue Ebene. Denn der Kapitalismus betrachtet Menschen nicht als Menschen, sondern als Humankapital. So steht z. B. im OECD-Bericht von 2008: „Die Entwicklung des Humankapitals ist für die langfristige Wirtschaftsleistung von größter Bedeutung.“

Jeder/m wird sein/ihr Platz in der Gesellschaft schon früh zugewiesen.

Die Beschäftigung mit musischen Themen ist seit jeher denen vorbehalten, die es sich leisten können. Lohnarbeit ist durch den Kapitalismus zunehmend stumpfsinnig und fremdbestimmt geworden. Auch hier wird jeder/m sein/ihr Platz in der Gesellschaft schon früh zugewiesen. Raum für Kreativität, Selbstverwirklichung und auch Veränderung bleibt dabei kaum. Viele Begabungen und Fähigkeiten bleiben so auch auf der Strecke, werden nicht

gefördert bzw. gar nicht entdeckt. Dabei braucht es eine breite Bildung, um überhaupt eine Basis zu haben, auf der wirklich frei eine Ausbildung gewählt werden kann.

Durch die Differenzierung der Arbeit als Folge des technischen Fortschritts werden Arbeitskräfte mit sehr unterschiedlichem Wissen gebraucht. Entsprechend differenziert ist dann auch das Ausbildungssystem – das sich also nicht an den Fähigkeiten und Interessen der jungen Menschen orientiert, sondern daran, wieviele Arbeitskräfte mit welchen Fähigkeiten in welchen Bereichen gebraucht werden. Wenn sich VertreterInnen der Wirtschaft für Veränderungen im Bildungswesen einsetzen, dann fußt das nicht in ihrem menschen- und bildungsfreundlichen Weltbild, sondern darin, dass das aktuelle System die Arbeitskräfte nicht in der entsprechenden Qualität produziert. „Es soll nicht jeder Arzt werden“ stimmt also weit eher als „es kann nicht jeder Arzt werden“. Die Wertigkeit (AkademikerIn besser als HilfsarbeiterIn), die in Medien und Politik ständig wiederholt wird, hat auch einen unterdrückenden Charakter: Menschen mit einem niedrigeren Bildungslevel, die am meisten Grund haben, sich zu wehren, soll ihr Platz in der Gesellschaft deutlich aufgezeigt werden. Ihnen wird außerdem vermittelt: „du weißt ja gar nicht genug, um dich zu beschweren, überlass das Denken mal den Gebildeten“. Obwohl heute nur mehr selten behauptet wird, die bestehende – sehr ungerechte – Ordnung wäre gottgegeben, so wird sie doch als „natürlich“, „das Beste“ und vor allem als alternativlos präsentiert. Das hat Menschen unterschiedlichsten Bildungslevels allerdings niemals davon abgehalten, sich dagegen zu wehren – und dabei viel zu lernen!

Natürlich hat sich bei der Bildung in den letzten 200 Jahren einiges verändert. Es gibt Kindergärten, in denen gemeinsam Gemüse angebaut wird. SchülerInnen dürfen nicht mehr gezüchtigt werden. Heutzutage herrscht nicht die selbe Art von Drill wie vor 100 Jahren an den Schulen. Klassenkämpfe und das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnenklasse und Kapital haben sich immer auch maßgeblich im Bildungswesen widerspiegelt. Vor allem Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wie die Wiener Schulreform in den 1920ern oder nach der Russischen Revolution haben Verbesserungen erreicht. Die 68er-Bewegung erreichte vor dem Hintergrund internationaler Kämpfe die teilweise Modernisierung der Lehrinhalte und drängte reaktionäre Strömungen im Bildungssystem zurück. Es gibt also einen gewissen Raum für Verbesserungen auch im Kapitalismus.

„Wissen ist Macht“ ist ein Mantra der ArbeiterInnenbewegung. Nicht zufällig gehörten Bildungsvereine zu den ersten Organisationen der ArbeiterInnenbewegung. Aber auch das fortschrittlichste Bildungssystem stößt in eben diesem Kapitalismus rasch an Grenzen. Eine Gesellschaft, die auf der Ausbeutung Vieler zu Gunsten Weniger basiert, kann nicht alleine durch ein freies Bildungssystem abgeschafft werden. Denn allein durch Bildung

können Klassengrenzen (außer in Ausnahmefällen) nicht übersprungen werden, da die ökonomische Grundlage des Systems unangetastet bleibt. Erst in einer Gesellschaft, in der nach Bedürfnissen und nicht nach Profiten produziert wird, kann nach Interessen und nicht nach Profiten gelernt werden!

Viele v.a. reformistische Ansätze haben die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft durch eine Konzentration oder Beschränkung auf die Frage der Bildung. Frei nach dem Motto „Wenn die Armen und Unterdrückten gut gebildet sind, dann können sie die Welt aus den Angeln heben“. Bildung und Wissen ist für die Unterdrückten enorm wichtig, aber ein Mehr an Bildung ändert die Klassengegensätze nicht und beendet die Ausbeutung auch nicht. Das zeigt sich auch in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Seit den 1980er Jahren verschlechtert sich das Bildungswesen kontinuierlich. Es wird gekürzt, der Zugang verengt und statt den Zugang für alle Jugendlichen gleicher zu gestalten, wird dieser ungleicher. Diese Entwicklung verläuft nicht zufällig, sondern ist wie die Festsetzung neoliberaler Prinzipien im Bildungswesen das Ergebnis einer Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und der Offensive, in der sich die KapitalistInnen und ihre Handlanger in der Politik befinden.

Die aktuelle Misere

Kindergarten/Grippe: Nur 15,8 % der unter 3-jährigen haben eine Krippenplatz

von Laura Rafetseder, Mutter eines Krippenkindes

Die institutionalisierte Bildung (also außerhalb der Familie) beginnt im Kindergarten. Das Gemeinschaftsleben in Kindergarten und Krippe fördert die soziale Kompetenz der Kinder. Für Frauen ist die Existenz von Kinderbetreuungsplätzen eine wichtige Voraussetzung, um berufstätig und damit finanziell unabhängig sein zu können. Im Unterschied zur „Heim- und-Herd“-Ideologie von FPÖ, ÖVP und Konsorten, ist die Tatsache, dass Kindererziehung durch öffentliche Kinderbetreuung aus der Isolation der Familie genommen wird, ein enormer Fortschritt. Und zwar für Kinder und Eltern. Allerdings wird gerade die Krippe gesellschaftlich über weite Strecken noch immer als eine Einrichtung gesehen, in der Eltern bzw. Mütter ihre Kinder „abgeben“, Kindergärten sind gesellschaftlich viel positiver besetzt. Das liegt v.a. auch daran, dass die traditionellen Geschlechterrollen nach wie vor existieren und von Seiten der Herrschenden auch erwünscht sind.

In einer sozialistischen Gesellschaft stehen wir für die Vergesellschaftung der Kinderbetreuung – und zwar in einer Form wo Kinder nicht „aufbewahrt“ oder „beaufsichtigt“ werden (z.B. durch schlecht qualifizierte private Babysitter), sondern wo Kinder sich als Individuen in der Gemeinschaft entfalten können und pädagogisch optimale Betreuung und Förderung erhalten.

Aus Elternsicht würde ein Wunschzettel so aussehen: umfassende, flächen-deckende, kostenlose, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Das beinhaltet: Nicht zittern müssen, ob mensch einen Platz bekommt, Betreuungszeiten, die mensch selbst wählen kann, ein Betreuungsplatz ums Eck, genügend Betreuungspersonen, die Zeit und Muße haben, sich mit den Kindern ausgiebig zu beschäftigen. Das Hauptproblem: Es gibt nicht genügend Plätze. Die AK Wien hat errechnet, dass bundesweit bis 2014 35.000 Betreuungsplätze geschaffen werden und für 70.000 weitere die Betreuungszeiten verbessert werden müssen, um den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Der Bund hat zuletzt aber die Mittel für den Kindergarten-Ausbau gestoppt.

Für die so wichtige Betreuung der Kleinsten gibt es gerade mal einen HilfsarbeiterInnenlohn von durchschnittlich knapp 1000.- netto! Das ist ein Grund, warum es so starken Personalmangel gibt. Die niedrige Bezahlung in Kombination mit dem nach wie vor gültigen traditionellen Geschlechterbild ist auch die Ursache dafür, dass so wenig Männer in der Kleinkinderbetreuung

arbeiten – ein Mangel auch für die Kinder. Für die 3 bis 6-jährigen ist lediglich ein Betreuungsschlüssel von 1 PädagogIn und 1 HelferIn auf 25 Kinder vorgeschrieben – für Kinder und BetreuerInnen unzumutbar. Eine Situation, die sich nur entschärfen lässt, wenn PädagogInnen und HelferInnen besser bezahlt werden. Dann findet sich mehr Personal, damit verbessern sich Betreuungssituation und Arbeitsbedingungen. Mit aufgestockten Personalressourcen ließen sich wiederum mehr Plätze anbieten.

Auch in Wien, wo die Situation österreichweit am besten ist, fehlen Plätze. Ein großer Teil der Betreuung erfolgt in den privaten Kindergärten mit einem meist schlechteren Betreuungsschlüssel. Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, so viele Plätze zu Verfügung stellen, dass das Zurückgreifen auf private Betreuungseinrichtungen nicht nötig ist.

Die Überlastung und Unterbezahlung der Beschäftigten hat 2009 zum „Kindergartenaufstand“ der PädagogInnen und HelferInnen geführt. Es gab zwei große Demonstrationen sowie mehrere Aktionen, in denen es gelungen ist, die Stadt Wien unter Druck zu setzen. Kleine Zugeständnisse konnten so erkämpft werden. Klar ist allerdings, dass der Kampf weitergeht – denn die Probleme sind bei weitem nicht behoben. Der Kindergartenaufstand zeigt, dass es möglich ist, Druck aufzubauen und Erfolge zu erkämpfen. Es wurde zwar versucht, die KollegInnen einzuschüchtern – mit moralischer Erpressung a la „Wenn ihr streikt, schadet ihr den Kindern“. Doch das war nicht erfolgreich. Bei kommenden Kämpfen können durch gemeinsame Aktionskomitees die Eltern eingebunden werden – um eine Spaltung zwischen Eltern und Beschäftigten zu verhindern. Es liegt auch in der Verantwortung des ÖGB, diese Solidarität zu organisieren und gegebenenfalls sich um alternative Kinderbetreuung im Falle eines Streiks zu kümmern.

Auch die Spaltung zwischen öffentlich und privat muss überwunden werden – das zu organisieren wäre Aufgabe der zuständigen Gewerkschaften GPA und GdG. Zur Vernetzung sind standortübergreifende Dienststellenversammlungen und Betriebsversammlungen eine Möglichkeit. So können KollegInnen mobilisiert, Forderungen und nächste Schritte diskutiert werden.

- » Kostenlose flächendeckende Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand für jedes Kind
- » Ordentliche Bezahlung für KindergartenpädagogInnen und AssistentInnen, Verbesserung des Betreuungsschlüssels und der Arbeitsbedingungen
- » Österreichweit einheitliche Rahmenbedingungen und Standards öffentlicher und privater Einrichtungen, die sich an den jeweils besten orientieren! Ausbau der Kindergartenplätze im öffentlichen Bereich!

Haupt- und Berufsschule: In 27 % aller Berufsschulen werden mehr als 25 und bis zu 36 Lehrlinge pro Klasse unterrichtet

von Herbert Wanko, Ausbilder bei Jugend am Werk

Die Hauptschulen haben – besonders in den Städten und trotz oft sehr engagierter LehrerInnen – ein schlechtes Image. Um dieses zu verbessern wurden seit dem Jahr 2000 verschiedene Initiativen gesetzt. Etliche Hauptschulen wurden in „Kooperative Mittelschule“ umbenannt. Weil ein neues Etikett an den Problemen aber nichts ändert wurde nun die „Neue Mittelschule“ aus dem Hut des Bildungsministeriums gezaubert. Die Probleme der sozialen Selektion im Bildungswesen zeigen sich in der Hauptschule am stärksten – ebenso wie die Unfähigkeit der Politik, diese zu lösen. Die Pädagogischen Akademien wurden zwar zu Hochschulen, trotzdem erhalten die fertigen „AkademikerInnen“ weiterhin kein AkademikerInnengehalt und es gibt laufend Debatten über eine Verlängerung der Lehrverpflichtung (also der Arbeitszeit).

Wenn es Probleme mit z.B. Deutschkenntnissen gibt, dann löse ich diese nicht, indem ich jene, die nicht bzw. schlecht Deutsch können, alle zusammen in eine Klasse stopfe, sondern indem ich SchülerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Wissen in unterschiedlichen Bereichen durchmische, die Klassen tatsächlich verkleinere, mehr LehrerInnen einstelle, die auch die Zeit haben, sich um die Kinder und Jugendlichen zu kümmern. Aber in Haupt- und Berufsschulklassen wird regelmäßig die nur theoretische KlassenschülerInnenhöchstzahl von 25 überschritten.

Nach der Berufsschule und einem Jahr am eigentlich überholten „Poli“ hoffen die Jugendlichen dann auf eine Lehrstelle. Auch hier war die „Aufwertung“ der Lehrausbildung bestenfalls kosmetisch. Die einzige sichtbare Änderung war die Umbenennung vieler Lehrberufe (z.B.: Elektriker zu Elektroinstallationstechniker). Teilweise wird die Ausbildung immer spezifischer, wie bei Mc Donalds zum „Systemgastronom“. Ein Umstieg ist schwer bis unmöglich. Stattdessen braucht es die Ausbildung in Flächenberufen, die ein umfassenderes Wissen und vielfältigere Jobmöglichkeiten bieten. Die Realität für Jugendliche ist trist: Eine Lehrstelle wird nicht danach ausgewählt, was interessiert, sondern was zu haben ist. Kein Wunder, wenn sie teilweise wenig motiviert sind. Das Gerede von „Mädchen in Männer-Berufe“ ist auch graue Theorie: denn die Lehrstellen sind schwer zu kriegen und das AMS steckt sie dann doch wieder in „geschlechtsspezifische“ Kurse.

Trotz zahlreicher finanzieller Förderungen für Lehrbetriebe gibt es zu wenige Lehrstellen. Und nach wie vor sehen viele Betriebe Lehrlinge als billige Arbeitskräfte, die noch dazu am Ende jedes Lehrjahres gekündigt werden können. Im Tourismus z.B. werden 40% der Lehrlinge am Ende der dreimonatigen Probezeit gekündigt – „zufällig“ fällt die Arbeitszeit meist in touristische

Spitzenzeiten. 40,6% fürchten der Lehrlinge fürchten sich, den Job zu verlieren, wenn sie in Krankenstand gehen. Lehrlinge sind mit einer durchschnittlichen Bezahlung von 6000.-/Jahr (Männer) bzw. 4800.-/Jahr (Frauen) sehr billige Arbeitskräfte – behalten werden die wenigsten nach der Ausbildung. Von Seiten der Wirtschaft aber auch der FPÖ wird die immer weitere Abschaffung von Lehrlingsschutzbestimmungen gefordert. Das Argument: das würde Lehrstellen schaffen. Tatsächlich bekommen die Unternehmen viel Geld und wurden viele Rechte verschlechtert – und die Zahl der Lehrstellen sinkt weiter.

In den Berufsschulen ist die Situation für SchülerInnen und LehrerInnen ebenfalls alles andere als rosig. Da die KlassenschülerInnen-Höchstzahl für Berufsschulen nicht gilt, werden in 27 % aller Berufsschulen mehr als 25 und bis zu 36 Lehrlinge pro Klasse unterrichtet. Zwar beschwerten sich die Unternehmen laufend über die „schlechten“ Lehrlinge oder den „Facharbeitermangel“ – gleichzeitig verweigern aber z.B. viele Unternehmen den Lehrlingen die Teilnahme an Deutschkursen während der Arbeitszeit. Auch den Förderunterricht in den Berufsschulen müssen die Jugendlichen in ihrer Freizeit machen – neben einem Job und der Berufsschulen. Die Hürde wird also hoch gesetzt. Die Gewerkschaft ist leider kaum eine Hilfe für Lehrlinge bzw. arbeitslose Jugendliche. Formal gibt es zwar Strukturen der Gewerkschaftsjugend, aber diese sind nicht sehr lebendig und in den Betrieben bzw. unter Jugendlichen kaum verankert. Wenn Unternehmen wieder über die „miesen“ Lehrlinge motzen, wäre es die Aufgabe der Gewerkschaftsjugend hier laut zu protestieren und einen politischen Kampf gemeinsam mit den zehntausenden Jugendlichen zu organisieren, denen von der Wirtschaft die Zukunft gestohlen wird.

Das österreichische Bildungssystem ist besonders starr, undurchlässig und unsozial. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist ein Richtungswechsel kaum mehr möglich. Deswegen ist die einzige sinnvolle Alternative eine Gesamtschule aller sechs bis 18-jährigen. Neben allgemeinen Bildungsaufgaben muss diese auch eine Berufsausbildung für alle Jugendlichen anbieten.

Um kurzfristige Verbesserungen zu erreichen, ist es – wie in allen anderen Bereichen – notwendig, dass sich die Betroffenen selbst organisieren und für Verbesserungen kämpfen. In den Schulen können das SchülerInnenkomitees sein, die gemeinsam mit den LehrerInnen für ein besseres Bildungssystem kämpfen. Ebenso reicht es nicht, in Lehrbetrieben (auch überbetrieblichen) JugendvertrauensrätInnen zu wählen. Auch dort können Lehrlingskomitees gegründet werden, die mit den SchülerInnenkomitees zusammenarbeiten. Denn politische Bildung ist eigentlich kein fades Fach, sondern etwas, dass Jugendliche selbst mit Leben füllen können und sollen.

- » Ein garantierter Ausbildungsplatz für jeden JugendlicheN
- » Für eine Lehrlingsentschädigung, von der mensch auch leben kann.
- » Für echte überbetriebliche Lehrwerkstätten wo optimale Berufsausbildung mit ordentlicher Bezahlung verbunden wird. Nein zu dubiosen Firmen, in denen Jugendliche wochenlang nur herum sitzen.
- » Für eine gemeinsame Schule aller sechs bis 18-jährigen mit Allgemeinbildung und Berufsausbildung.
- » Für ein SchülerInneneinkommen, das mit dem Alter steigt, um finanziell unabhängig von den Eltern sein zu können und trotzdem eine Ausbildung machen zu können.

AHS/BHS: SchülerInnen können streiken

von Sebastian Kugler, Maturant und Aktivist in den Schulstreiks 2009

Nur nicht zu spät sein, in den Pausen Hausübungen schreiben, die ich am Vortag nicht geschafft habe, in Geschichte Mathe lernen, in Mathe Geographie lernen und beten, nicht zur Bio-Wiederholung gerufen zu werden. Fünf Prozent der 1,2 Millionen Schüler sind laut der Arbeitsgemeinschaft für Präventivpsychologie (APP) aufgrund von chronischem Schulstress von Burn-Out gefährdet. Jede/r dritte SchülerIn ab zehn leidet massiv unter Stress. „Schule ist Scheiße“ – Das ist die nüchterne Analyse nach ein paar Jahren ermüdender Erfahrung mit AHS und BHS. Dabei gibt es genug Ideen und Modelle, wie es auch anders – interessanter, spannender, stressfreier – ginge. Projektunterricht, fächerübergreifender Unterricht und Gruppenarbeit scheitern meist an Zeit und Geld. Und viel mehr ist nötig und möglich. Stattdessen macht Schule krank, genervt und mensch lernt nicht sich Wissen zu erarbeiten sondern nur, dieses auf Knopfdruck wieder zu geben.

Während wir über die „Demokratie“ lernen, haben wir selbst nichts mit zureden. Die Mitbestimmung an der Schule endet bei der Frage eines Kaffeeautomaten. Persönliche Betreuung ist bei überforderten und gestressten LehrerInnen nur ein Wunschtraum.

Kindern und Jugendlichen wird in unserer Gesellschaft die Fähigkeit zur Selbstbestimmung völlig abgesprochen. Wir werden entmündigt – auch das eine wirklichkeitsnahe Vorbereitung auf „später“. Da haben wir ja am Arbeitsplatz auch nichts mit zu reden. Tatsächlich zeigt sich aber, dass Jugendliche – und auch Kinder – wenn sie die Möglichkeit haben, mit zu ent-

scheiden, dass sehr verantwortungsvoll machen. Dürfen sich SchülerInnen selbst benoten, sind sie strenger als die LehrerInnen (abgesehen davon dass Noten ohnehin wenig sinnvoll sind). Werden Projekte von Jugendlichen selbst betreut, investieren sie nicht nur viel Zeit, sondern entwickeln eine enorme Kreativität und neue Fähigkeiten. Selbst kleine Kinder können Demokratie von klein auf lernen – z.B. wenn sie im Rahmen von Projekten über gesunde Ernährung den Speiseplan mit erstellen. Schuldemokratie heißt aber mehr: Nämlich, dass SchülerInnen mitentscheiden, was, wie und mit wem sie lernen!

- » Verkleinerung der Klassen auf maximal 15 SchülerInnen und entsprechende weitere Verkleinerung in z.B. Sprachen
- » Schluss mit Noten – in einer demokratischen Schule in der Lernende und Lehrende gemeinsam lernen braucht es dieses Selektions- und Untersdrückungsinstrument nicht mehr weil dann die Neugier und der Wissensdurst im Zentrum stehen und nicht die Abrichtung von Jugendlichen.
- » Für ein SchülerInneneinkommen zur finanziellen Unabhängigkeit von den Eltern
- » Für eine gemeinsame Schule aller sechs bis 18-jährigen mit Allgemeinbildung und Berufsausbildung.
- » Demokratische Gestaltung der Lehrpläne durch die wahren ExpertInnen – Lehrende, Lernende und VertreterInnen aus Wissenschaft, Forschung, Kunst Kultur und den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung

SchülerInnen können etwas ändern. Egal ob Widerstand gegen Kürzungen im Bildungssystem oder gegen Abschiebungen von MitschülerInnen: SchülerInnen haben gezeigt, wozu sie fähig sind. Im Frühjahr 2009 gab es drei erfolgreiche Schulstreiks mit bis zu 60.000 SchülerInnen. Sie streikten gegen die Verlängerung der Arbeitszeit der LehrerInnen sowie der eigenen Schulzeit. 2010 streikten Wiener SchülerInnen gegen die Abschiebung einer 14-jährigen AHS-Schülerin, wieder mit Erfolg. Um an Schulen Widerstand zu organisieren und Verbesserungen zu erkämpfen, reichen herkömmliche pseudodemokratische Mittel wie der Schulgemeinsachftsausschuss (SGA), der kaum wirkliche Entscheidungsmöglichkeiten hat, nicht aus. Wir müssen uns selbst in SchülerInneninitiativen, Schulkomitees oder ähnlichen Strukturen organisieren. Denn es gibt an JEDER Schule SchülerInnen, die der Bildungsabbau oder der Rassismus genauso wütend macht wie dich!

Universitäten und Fachhochschulen: In den österreichischen Universitätsräten ist die Wirtschaft mit 42% der Delegierten vertreten, der ÖGB hat nur eine Stimme (von insgesamt 103).

von Tilman P. Ruster, Student und Aktivist von „unibrennt“

An den Universitäten ist der internationale Trend der Ausrichtung des gesamten Bildungswesens auf die Interessen der Wirtschaft hin besonders deutlich zu sehen. Europaweit gab es in den letzten Jahren eine Welle von Protesten durch Studierende. Die Probleme sind ähnlich und der gemeinsame Kampf nötig, da auch an den Universitäten versucht wird, die Studierenden verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen (Stichwort: die deutschen Studierenden nehmen uns die Studienplätze weg – falsch, das tut die Regierung!)

Das Spiel mit der Zukunftsangst der Studierenden verlangt ihnen immer höhere Leistungen unter immer schlechteren Bedingungen ab. Eine Vielzahl an Prüfungen über Unmengen an Lernstoff treffen auf überfüllte Hörsäle, gestresste und prekär beschäftigte Lehrende. Das Ganze findet durch die Einführung des ECTS-Punktesystems für den Fortschritt im Studium unter enormem Zeitdruck statt. Es geht immer weniger darum Bildung zu erarbeiten, sondern immer mehr darum, rasch eine Ausbildung zu bekommen, um nachher für die Wirtschaft nützlich zu sein, und einen Job zu finden. Die soziale Selektion des Bildungswesens findet auch an der Uni ihre Weiterführung. Von Fragen des Unizuganges über die Finanzierung während des Studiums bis hin zur Art wie unterrichtet wird, wird die soziale Selektion fortgesetzt. Durch die Kürzungsmaßnahmen der letzten Jahre wird das noch verschärft. Schon jetzt ist der Anteil an ArbeiterInnenkindern an den Universitäten gering. Zwischen 1998 und 2009 sank er laut Studierendensozialerhebung sogar von 26,2 % auf 18,6 % ab – ein Ausdruck des Trends hin zu Elitebildung. Daran ändern Stipendien nichts, denn sie werden restriktiv und eher willkürlich vergeben und reichen zum Leben nicht aus. So ist das Höchststipendium mit ca. 700 Euro bemessen und liegt somit unter dem Existenzminimum. Nur 18% aller Studierenden erhalten zudem Studienbeihilfe, währendem aber 62 % gezwungen sind, neben dem Studium zu arbeiten um überleben zu können.

Wer „nebenher“ arbeiten und/oder ein Kind großziehen muss, wer chronisch krank ist oder warum auch immer nicht in der Lage ist bis zu 60 Stunden pro Woche für das Studium zu investieren ist extrem benachteiligt. Vollzeitstudierende sind inzwischen die Minderheit: der Anteil der erwerbstätigen Studierenden liegt bei 62 % – fast jeder zweite Studierende arbeitet während des ganzen Semesters. Erwerbstätige Studierende arbeiten durchschnittlich 19,7 Stunden pro Woche. Unterm Strich bleibt: Wer es sich leisten kann, kann schneller studieren oder auf eine Privatuniversität ausweichen, wo

die Bedingungen besser sind. Lernen ist Arbeit und daher müssen Menschen in Ausbildung auch ein Einkommen erhalten, von dem ein menschenwürdiges Leben unabhängig vom sozialen Status der Familie möglich ist.

Wie auch in Schulen und in der Berufsausbildung werden die Studierenden durch die engen Pläne und den großen Druck an selbstständigem, reflektiertem und kritischem Denken gehindert. So sollen sie sich noch reibungsloser den Bedürfnissen der Unternehmen anpassen. Die Wirtschaft profitiert auch durch den vom „Bologna Prozess“ geschaffenen „Bachelor-Abschluss“: Schon nach ca. drei Jahren stehen dem Arbeitsmarkt Massen von AkademikerInnen mit auf die Wirtschaftsbedürfnisse zugeschnittenem Wissen günstig zur Verfügung.

An den Fachhochschulen findet dieser Prozess in Reinkultur statt. Dort hat die Wirtschaft noch direkteren Einfluss auf Lehrpläne und Abläufe. Es geht eigentlich ausschließlich um die Produktion künftiger Arbeitskräfte und nicht um die Vermittlung bzw. Erarbeitung von Wissen. Der Wunsch nach Elitebildung und Wirtschafts-Konformer Ausbildung zeigt sich sehr deutlich an der Debatte über Zugangsbeschränkungen. Jugendliche sollen damit davon abgehalten werden, ein Studium zu ergreifen, die Zahl der Studienplätze orientiert sich nicht am Interesse und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, sondern daran, wieviel Arbeitskräfte die Wirtschaft im jeweiligen Bereich braucht. Schlechte Betreuungsverhältnisse und fehlende Seminarplätze sind jedoch Resultat unzureichender Finanzierung und nicht die steigender Studierendenzahlen – wie uns die Herrschenden immer weismachen wollen. Denn: Österreich liegt bei den StudienanfängerInnen trotz Anstiegs der Studierendenzahlen noch immer 17 % unter dem OECD-Schnitt. Der Trend zur Elitebildung verstärkt auch die soziale Selektion. V.a. Jugendliche aus weniger wohlhabendem Elternhaus lernen an einer FH, um rasch fertig zu werden und die Jobchancen zu erhöhen. Das ist jobmässig effizienter, bietet aber auch weniger Raum für selbst bestimmtes Lernen und Hinterfragen.

Aber Studium schützt vor Armut nicht. Schon während des Studiums absolvieren viele Studierende div. Pflichtpraktika, in denen sie abseits jedes Kollektivvertrags oft unbezahlte Arbeit verrichten. Zusätzlich verlangen viele Unternehmen weitere Praktika. So landen AbsolventInnen oft erst nach Jahren solcher Ausbeutung in einer Festanstellung. Auch da endet die Prekarisierung noch lange nicht, Niedriglöhne und belastende Arbeitszeiten bestimmen die Arbeitswelt auch für AkademikerInnen. Rund ein Drittel aller AkademikerInnen finden keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Job. Die Politik ist direkt dafür verantwortlich, denn auch jene, die an den Universitäten lehren sind meist in prekären Arbeitsverhältnissen. Besonders betroffen davon sind Frauen – sie dürfen zwar fleißig studieren, aber ihre Jobchancen, insbesondere im Bereich der Universitäten selbst, sind noch ge-

ringer. Einmal mehr zeigt sich, dass die schönen Worte der PolitikerInnen über „Chancengleichheit“ an der praktischen Politik von Kürzungen scheitern.

Das hierarchische System des Bildungswesens findet sich auch an den Universitäten. Er kämpfte Mitbestimmungsrechte von Studierenden und den Beschäftigten an den Universitäten werden immer mehr abgebaut und durch einen bürokratischen Apparat ersetzt. Und was als Forschungsgebiete für z.B. Abschlussarbeiten an Universitäten und Fachhochschulen gewählt werden kann, hängt stark davon ab, für welche Projekte Geld zur Verfügung gestellt wird. Durch die wachsende Abhängigkeit von sogenannten Drittmitteln aus der Wirtschaft wird immer stärker auf die profitable Verwertbarkeit der Forschung für Unternehmen orientiert. Die Universitäten werden so auch zunehmend in Forschungsinstitute von Unternehmen verwandelt. Welches immense Potential durch die Beschränkungen in der Forschung im engen Rahmen der Profitlogik verloren geht, lässt sich kaum abschätzen. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird Forschung nicht mehr beschränkt und kann die Menschheit ihr volles Potential entfalten. Erst dann ist wirklich freie Forschung im Dienste der Bedürfnisse und Interessen der Menschen wirklich realisierbar.

Worum es im Kapitalismus geht, wird im österreichischen Universitätsrat deutlich, wo die Wirtschaft mit 42 % der Delegierten vertreten ist, der ÖGB hingegen nur eine Stimme hat.

Die Uniproteste der letzten Jahre, bekannt als „unibrennt“, zeigen, dass junge Menschen Bildung wollen und auch bereit sind, dafür zu kämpfen. Eine Forderung war auch „Bildung statt Ausbildung“. Eine qualifizierte Ausbildung für einen Beruf ist nichts Schlechtes. Im Kontext der unibrennt-Bewegung ging es bei dieser Forderung aber darum, sich gegen die Interessen der Unternehmen an der Universität nach billigen und gefügigen Arbeitskräften, die unter anderem im Bologna-Prozess ihren Ausdruck fanden, zu wehren. Eine weitere wichtige Forderung war die Demokratisierung der Universitäten. Monatelange Proteste haben den Kampfwillen der Studierenden gezeigt. Die Tatsache, dass sich Menschen monatelang und entschlossen gegen Missstände wehren, hat auch andere Bereiche – KindergärtnerInnen und MetallarbeiterInnen – motiviert, sich nicht alles gefallen zu lassen. Es gibt viele Beispiele dafür, dass die Proteste von SchülerInnen und Studierenden der Auslöser für größere und breitere Proteste von ArbeiterInnen geworden sind. Deutlich ist aber auch geworden, dass Studierende alleine wenig Druckmittel gegen die Politik in der Hand halten. Die unibrennt-Bewegung hatte auch ihre Fehler. So wurden im Rahmen der Bewegung leider keine demokratischen und transparenten Strukturen geschaffen. Dass die Bewegung ihre Ziele nicht erreichen konnte, lag auch an der Rolle des ÖGB. Dieser erklärte sich zwar solidarisch, setzte jedoch keine ernsthaften Schritte zur Ausweitung der Proteste. Es gab erste Ansätze dazu, die Proteste mit jenen von KindergärtnerInnen,

Lehrenden, ArbeiterInnen zu verbinden. Hier muss bei künftigen Protesten angesetzt werden.

- » Statt Universitäten für Profite: Raus mit der Wirtschaft aus den Hochschulen!
- » Freier Hochschulzugang für alle: Weg mit allen sozialen Hürden vor und während des Studiums!
- » Studieren ist Arbeit – Für ein Einkommen für Studierende
- » Demokratische Verwaltung der Universitäten durch Beschäftigte und Studierende sowie Beteiligung der Gewerkschaften, um Hochschule in Gesellschaft, insbesondere der Arbeitswelt zu verankern!

Eltern: Der Schulbesuch kostet die Eltern weit über 1.000,- Euro pro Jahr.

Von Anna Schneider, Mutter

Eltern wollen „das Beste“ für ihr Kind/ihre Kinder. Doch das ist nur teuer zu haben. Bei der Wahl von Kindergarten, Schule und Universität entscheiden oft nicht die Wünsche von Eltern und Kindern, sondern die Verfügbarkeit freier Plätze bzw. das vorhandene Geld. Gibt es keine freien Plätze in öffentlichen Kindergärten, muss auf private ausgewichen werden. Sind Eltern nicht bereit, ihr Kind an die Schule anpassen zu lassen, müssen sie oft auf teure private „Alternativschulen“ ausweichen, vorausgesetzt mensch kann sich das leisten. Doch selbst im ganz normalen öffentlichen Bildungswesen fallen oft hohe Kosten für die Eltern an – von einem kostenlosen Bildungswesen kann also nicht die Rede sein. Rund 740 Millionen Euro geben die Familien für diverse Schulmittel (Atlas, Geodreiecke, Werkbeitrag etc.) aus. Hinzu kommen noch mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr für Nachhilfe. Schulschikurse, Landschulwochen und Auslandsaufenthalte sind da noch nicht dabei. Auch wenn also Eltern „das Beste“ für ihre Kinder wollen, beginnt die soziale Selektion schon ganz am Anfang, weil sich eben nicht jedeR „das Beste“ leisten kann. Welcher Kindergarten? Vorschule? Welche Volksschule? Die Selektion beginnt nicht erst mit der Frage Haupt-/Mittelschule oder AHS, sondern schon weit früher.

Problematisch v.a. für Frauen ist auch die Halbtags-Struktur des Bildungswesens. V.a. außerhalb von Wien sind die Kindergärten oft nur Vormittags oder mit Mittagspause. Ebenso die Schulen, die sich immer noch an

einem konservativen Familienbild orientieren, bei dem die Mutter zu Hause ist. Das Festhalten an diesem Modell zeigt sich u.a. in der verlogenen Debatte über die „Ganztagsschule“. Eine echte Ganztagsschule verteilt Lern- und Freizeiten in der Schule über den ganzen Tag. Das gibt auch die Möglichkeit, Schule mehr zu einem Ort zu machen, an dem nicht primär die Wissensvermittlung im Vordergrund steht. Vielmehr sollte es auch darum gehen, soziales Lernen zu fördern und die Möglichkeit, verschiedene Fähigkeiten zu entfalten. Je starrer eine Bildungseinrichtung ist, umso weniger kann dies gelingen. Worüber die Regierungsparteien reden ist aber nur das Organisieren einer – teilweise schlechten – Nachmittagsbetreuung. Dieses Hortsystem ist wiederum mit hohen Kosten für die Familien verbunden und stellt damit die Erwerbstätigkeit von Frauen in Frage. Je mehr der Schulbildung an die Familien ausgelagert wird – durch Hausübungen und Nachhilfe – umso stärker wirken soziale Barrieren. Wie sollen Eltern ihren Kindern etwas beibringen, das sie selbst nicht können?

- » Das Recht auf einen qualitativ hochwertigen, kostenlosen, ganztägigen Kindergarten- bzw. Krippenplatz für jedes Kind.
- » Echte Ganztagsschulplätze mit interessantem Freizeitangebot und Lernunterstützung durch qualifizierte und gut bezahlte Betreuungspersonen sowie gesundes und kostenloses Essen.
- » Schluss mit der schleichenden Privatisierung der Bildungskosten – mehr öffentliches Geld ins Bildungswesen

Lehrende: Lehrende als Prügelknaben der Nation

von Albert Kropf, Berufsschullehrer

Viele LehrerInnen starten mit dem Vorsatz, es besser machen zu wollen als so manche eigenen, selbst erlebten LehrerInnen. Und viele enden doch recht schnell so wie diese, nämlich frustriert! Generationen von SchülerInnen kennen Pisa wegen der Schiefelage ihres Turms. Heute ist der Name Sinnbild für die Schiefelage im österreichischen Bildungssystem. In der PISA-Studie schneidet das österreichische Bildungssystem immer schlechter ab. Seitdem wird nach außen viel diskutiert aber letztlich doch nur nach Sündenböcken gesucht.

Viele der am Tisch liegenden „Reformen“ bieten eine bequeme Lösung für die politisch Verantwortlichen: Es brauche nur ein paar politische Weichenstellungen und ein „bisschen“ mehr Einsatzbereitschaft der LehrerInnen. Um das zu untermauern, hagelt es Kritik an der

„Leistungsbereitschaft“ der LehrerInnen und Negativbeispiele werden aufgebaut. Die Qualität der LehrerInnen (nicht der Schule oder ihrer Umgebung!) soll gehoben werden. Vereinheitlichungen im Dienstrecht nach unten, also die jeweils schlechtesten Voraussetzungen, sollen die gemeinsame Basis werden. Dazu mehr „Durchgriffsrecht“ und Qualitätskontrollen, von Zeit zu Zeit soll ausgesiebt werden. Zum Schutz der besseren Schule – angeblich. „Evaluiert“ wird von oben, die SchülerInnen und LehrerInnen selbst werden nicht gefragt. Ausgesiebt wird also nach Kosten- und Effizienzkriterien. Das wären dann Großteils ältere LehrerInnen, bei denen z.B. die Burn-Out Rate eine der höchsten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist.

Natürlich gibt es auch wirklich schlechte LehrerInnen. Jeder/m von uns fällt sofort eineR aus der eigenen Schullaufbahn ein. Aber das Problem wird mit den vorliegenden Vorschlägen nicht gelöst. Weder können die SchülerInnen mitentscheiden, noch gibt es „Umstiegsmöglichkeiten“ für Lehrende in andere Jobs. Unsere Bildungspolitik hat sich die letzten Jahrzehnte im Kreis gedreht und ist großteils auf der Stelle getreten – bzw. hat sich durch die Kürzungen sogar zurück entwickelt. Die wirklich großen Reformen und Anpassungen der Schule an die gesellschaftlichen Notwendigkeiten liegen weit zurück. Die Schule ist immer ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. In ihr finden sich nicht nur alle gesellschaftlichen Trends wieder, sie sind teilweise sogar verstärkt. Eine Gesellschaft, die zunehmend auf Konkurrenzdruck aufgebaut ist und Jugendlichen die Perspektive raubt, darf sich nicht wundern, wenn die Schattenseiten davon auch in der Schule verstärkt auftreten.

Auch die „heilige“ Familie als Keim unserer Gesellschaft gibt es in der Realität nicht. Es gibt nur noch wenige Familien, wo nicht beide Elternteile arbeiten müssen, um die Familie über Wasser zu halten. Die durchschnittliche Arbeitszeit steigt durch Überstunden bzw. durch Menschen, die zwei Jobs zum Überleben brauchen. Da bleibt nicht mehr viel Zeit für die Kinder und deren Erziehung. Wer von „Zeit für die Familie“ redet, müsste eigentlich logischerweise eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn fordern. Das bürgerliche Familienbild, dass die Erziehung der Familie, die Bildung der Schule zuschreibt, scheitert also an der Realität. Die Bildungseinrichtungen haben schon längst eine gesellschaftliche Aufgabe in den Bereichen Bildung UND Erziehung, nur werden sie dafür nicht ausgestattet. Das geht nur bei kleineren Gruppen, mehr Personal und der ständigen Zuziehung von psychologisch und sozialarbeiterisch geschulten Personen.

Die Mehrzahl der Probleme an den Schulen sind nicht schulspezifisch. Es sind Probleme der Gesellschaft, die sich in der Schule widerspiegeln. LehrerInnen können zwar versuchen, hier gegenzusteuern, sollen sie aber wirklich gelöst werden, müssen sie gesellschaftlich gelöst werden. Ansonsten werden alle, die es sich leisten können, ihre Kinder in Privatschulen vor der „Schule“ schützen. Auch das ist ein bildungspolitisches Programm!

Ein Ansatz in der Bildungsdebatte ist es auch, den Jugendlichen die Schuld zu zuschieben. Hier wird dann z.B. von „bildungsresistenten Jugendlichen“ gesprochen. Ignoriert wird dabei die Tatsache, dass alle Menschen in ihrer Kindheit neugierig und lernbegierig sind, aber manchen diese Fähigkeiten offensichtlich im Laufe der Jahre aberzogen wurde. Bei den „bildungsresistenten Jugendlichen“ handelt es sich bei näherem Hinsehen um jene Schicht, die keine Chance in unserer Gesellschaft hat und das auch weiß. Wer x-mal miterlebt, wie FreundInnen ein Job verwehrt wird, weil sie einen „ausländischen“ Namen haben, wer trotz guter Noten auf seine hunderten Bewerbungen nicht einmal Absagen erhält, wem die Politik ständig vermittelt, er/sie sei ohnehin nicht willkommen – der/die reagiert. Und diese Reaktion kann eine Ablehnung der – dann oft auch noch schlechten – Bildungsangebote sein. Nicht wirklich verwunderlich. Es sind also nicht die Jugendlichen „bildungsresistent“, sondern die Gesellschaft ist für diese Jugendlichen „zukunftsresistent“.

Alle gesellschaftlichen Schichten sind vom Thema „Bildung“ betroffen. Trotzdem ist es interessant, dass nur ein Teil ihren Senf zur Bildungsmisere abgegeben darf. Talkshows, Diskussionsrunden, Interviews – vertreten sind MeinungsforscherInnen, BildungsexpertInnen, PolitikerInnen, UnternehmerInnen usw. Drei Gruppen fehlen: SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Die eigentlichen ExpertInnen werden bei der Debatte seit Jahren konsequent ausgesperrt und das ist kein Zufall.

Die zuständigen Gewerkschaften (GÖD für die LehrerInnen an Schulen bzw. GPA-djp für die Lehrenden an Universitäten etc.) nehmen an der Debatte kaum Anteil und überlassen somit den anderen das Feld. Wenn sich dann doch RepräsentantInnen der GÖD öffentlich einbringen, spiegelt das meistens die konservative Dominanz (ÖVP) und jeweiligen parteipolitischen Positionierungen wider. Das Festhalten an der Aufrechterhaltung eines „differenziertes“ Schulsystem und einer Teilung der Wissensvermittlung in der Schule und die Erziehung als Aufgabe der Eltern, hat mit der Realität nichts zu tun. Sie agieren hier nicht als GewerkschafterInnen und sind offenbar schon zu lange und weit vom LehrerInnenleben entfernt. Es ist gut, wenn die Gewerkschaft Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Einkommen bekämpft – und zwar obwohl die Politik versucht sie mit einem „Betonierer-Image“ zu diffamieren. Viele der Missstände werden von den Medien und der Politik ignoriert und totgeschwiegen: prekäre Jahresverträge bei JunglehrerInnen, fehlende Arbeitsplätze an den Schulen und die Tatsache, dass LehrerInnen heute nicht nur vor- und nachbereiten sowie unterrichten, sondern zusätzlich den Großteil der Schuladministration übernehmen und SozialarbeiterInnen und PsychologInnen ersetzen müssen. Auch bei den Lehrenden in anderen Bereichen wie Kindergärten, Universitäten, Erwachsenenbildung ist die Situation dramatisch: zu wenig Lehrende, das Leistungspensum wird ständig erhöht, die Arbeitszeit verlängert und die Jobs immer prekärer. Bei Lehrende

an Universitäten und in der Erwachsenenbildung – beide sind meist direkt oder indirekt bei der öffentlichen Hand beschäftigt – gibt es kaum reguläre Jobs, sondern nur diese prekäre Verträge. Auch hier ist von der zuständigen Gewerkschaft GPA-djp wenig zu hören.

Leider ist die Gewerkschaft nicht so konsequent, wie es nötig wäre und hat viele Verschlechterungen in den letzten Jahren einfach hingenommen. Es ist schlecht, dass sie immer mehr neue und schlechtere Dienstverträge akzeptiert hat, was dazu führt, dass an Schulen und Universitäten KollegInnen mit bis zu vier unterschiedlichen Verträgen arbeiten was Solidarität erschwert. Auch in der Gewerkschaft GÖD erarbeiten nicht die LehrerInnen selbst ein neues Bildungsmodell, sondern werden meist einfach konservative ÖVP-Pläne übernommen.

- » Stattdessen braucht es eine Schulreform zu einer Gesamtschule mit integrierter Berufsorientierung und –ausbildung. Nur die Integration der gesellschaftlichen Aufgaben in die Aufgaben dieser „neuen“ Schule kann die anstehenden Probleme lösen.
- » Schluss mit den ständigen Versuchen, die Arbeitszeit der Lehrenden zu verlängern. Stattdessen bracht es mehr Personal, kleinere Gruppen, einheitliche Verträge die sich an den besten existierenden orientieren.
- » Schluss mit dem Geplänkel der etablierten Politik und dem Ausspielen von Lehrenden und Lernenden.
- » Stopp den Bildungsprivilegien! Elitebildung für alle in einer Gesamtschule, die den Menschen und nicht seine profitträchtige Verwertung in den Mittelpunkt stellt!
- » Entwicklung einer Bildungsreform durch die wahren BildungsexpertInnen: LehrerInnen und SchülerInnen!

Erwachsenenbildung: Weit über eine Million Menschen in Österreich kann nicht richtig Lesen, Schreiben und Rechnen.

von einem Beschäftigten in der Erwachsenenbildung

Vier von fünf Personen in Österreich, wird aufgrund fehlender Matura der Zugang zur höheren Bildung verwehrt. Mehr als 800.000 haben nur einen Pflichtschulabschluss. Anstatt das Problem selbst in die Hand zu nehmen, gibt der Staat Geld für private Träger. Auch dort wo diese „gemeinnützig“ sind,

agieren sie immer stärker nach privatwirtschaftlichen Prinzipien. Oft schreiben das staatliche Förderstellen sogar mehr oder weniger direkt – bei Gehältern und Honoraren – vor. Die Realität ist ein fast total prekärer Arbeitsmarkt im Bereich der Unterrichtenden. Mit negativen Auswirkungen auf die Qualität. Inhaltlich gibt es beim Nachholen von Bildungsabschlüssen zudem ein grundsätzliches Problem: Während „unten“ Bereiche unterstützt werden (z.B. Nachholen eines Hauptschulabschlusses mit AMS-Unterstützung) wird „oben“ z.B. durch Zugangsbeschränkungen, dass System immer weniger durchlässig. KursteilnehmerInnen, welche am Zweiten Bildungsweg einen Hochschulzugang erwerben möchten, sind zudem mit hohen Kosten belastet. Stipendien gibt es nur in ganz wenigen Ausnahmen.

Erwachsenenbildung ist auch ein Geschäft: Bestimmte, meist teure Kurse und Ausbildung die oft viel versprechen und wenig „können“ boomen. Staatliche oder kommunale Stellen sowie die Arbeiterkammer fördern oft Angebote die von nicht gemeinnützigen Bildungseinrichtungen angeboten werden und unterstützen damit den Wildwuchs dubioser Kurse.

Das „Lebenslange Lernen“ wird in vielen Bereichen auch zum Dauerdruck. Wer nicht ständig bereit ist, sich – noch dazu auf eigene Kosten und in der Freizeit – weiter zu bilden um mit den Veränderungen mit zu halten, wird ausgesondert (=arbeitslos). Diesem Druck stehen nur ungenügende Maßnahmen wie Bildungsurlaub und Bildungskarenz gegenüber. Ein Recht auf eine bezahlte Freistellung um sich weiter bilden zu können haben ArbeitnehmerInnen nicht.

- » Stipendien und Kostenfreiheit für alle Angebote des Zweiten Bildungsweges
- » Durchlässigkeit und Aufeinanderabstimmung aller Angebote – von der Basisbildung zum Dokortrat! Und: Abschaffung der Matura als zentrale Hürde – Freier Hochschulzugang für Alle!
- » Das Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung für Beschäftigte
- » Festanstellung aller KursleiterInnen mit einem Gehaltsschema nicht unter dem Regelschulwesen und unter Einbeziehung von Vor- und Nachbereitungszeiten als Arbeitszeit
- » Aufbau eines flächendeckenden, öffentlichen und demokratischen Erwachsenenbildungssektors unter Einbeziehung/ Ausbau der existierenden gemeinnützigen Anbieter

Neue und alte Ideen zur Schule

Seit Jahren wird eine „Bildungsdebatte“ geführt. Da gibt es Sozialpartnerpläne, Volksbegehren und Vorschläge aus den Ministerien. Und doch werden bei all diesen Vorschlägen die existierenden Probleme weitgehend ein zementiert bzw. bestenfalls an der Oberfläche gekratzt. Das es enormes Interesse an „anderer“ Schule gibt zeigt die Tatsache, dass alle Schulversuche völlig überlaufen sind.

Das österreichische Schulsystem ist ungerecht. Ungerecht deswegen, weil die Schullaufbahn eines Kindes vom Bildungs- und Einkommensstand seiner Eltern abhängt. Das bestätigen sämtliche Studien und internationale Vergleiche der letzten Jahre (siehe PIRLS-Studie 2006, PISA 2010).

Mittlere Reife

Durch die sehr frühe Trennung in Haupt-/Mittelschule bzw. AHS/BHS endet im Regelfall für die meisten Kinder aus ärmeren Verhältnissen die Schulkarriere nach der Schulpflicht. Der neue Vorschlag zur „Lösung“ des Bildungsproblems lautet „Mittlere Reife“. Das heißt nach der Unterstufe wird de facto festgelegt, wer in die Oberstufe wechseln darf und wer nicht. Eine gemeinsame Schule aller sechs bis 15-Jährigen wird damit nicht geschaffen. Egal ob eine eigene Prüfung oder das Zeugnis der 8. Schulstufe die Mittlere Reife prägen wird – die soziale Selektion bleibt. Gibt es keine Prüfung bedeutet das für Eltern „betteln“ gehen zu müssen, dass ihr Kind in der Oberstufe genommen wird. So oder so, der Bildungszugang wird nicht erweitert, sondern der derzeitige Status Quo ein zementiert. Für die ÖVP ein Sieg auf voller Länge. Sie will schon seit langem wieder ein Gymnasium als Elite- und nicht als Massenschule.

Neue Mittelschule

Das Konzept zur Bildungsreform von Ministerin Schmied lautet „Neue Mittelschule“. Im Schlepptau fallen auch in unterschiedlichen Prägungen Begriffe wie „Gesamtschule“ oder „Ganztagsschule“. Bei einer echten Gesamtschule gibt es die gemeinsame Ausbildung aller Kinder und Jugendlichen einer breiten Altersgruppe. Die Neue Mittelschule ist aber nur ein Parallel-Führen unterschiedlicher Schultypen für 10 bis 14-Jährige. An der sozial bedingten Trennung der Schullaufbahnen mit zehn ändert das nichts. Ganztagsschule heißt, dass der gesellschaftlichen Realität insofern auch Rechnung getragen wird, dass Unterricht und Freizeit über den Tag aufgeteilt und durchmischt werden. Wenn heute über Ganztagsschule gesprochen wird, dann bedeutet das aber nur eine kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung.

Formale und nicht inhaltliche Diskussion

In Wirklichkeit findet in Österreich seit Jahren eine formale und keine inhaltliche Diskussion statt. Und so sind auch die Lösungen und Konzepte! Ob Schule gut oder schlecht ist, entscheidet sich nicht (alleine) am formalen Rahmen. Ganz allgemein gibt es heute gute Hauptschulen und vielleicht auch schlechte Ganztagschulen. Genauso wichtig sind die Möglichkeiten und Mittel, die der Bildung und damit Schule gegeben wird. Früher wurde immer das „schwedische Modell“ gepriesen. Nun gibt es aber in Schweden seit Jahren Kürzungen im Bildungswesen zum Nachteil von LehrerInnen und SchülerInnen. Nun ist das „finnische Modell“ hoch im Kurs – wohl solange, bis auch dort Sparmaßnahmen Verschlechterungen bringen. Auch bei uns regiert seit 20 Jahren der Sparstift: Kürzungen hier und Kürzungen dort. Schulautonomie schafft nicht mehr Spielraum sondern nur die Verwaltung des Mangels. Insofern ist es auch falsch, wenn die SPÖ behauptet, Verbesserungen würden nur an der ÖVP scheitern. Der letzte Vorschlag von Ministerin Schmied zur Ausdehnung der Arbeitszeit der LehrerInnen zeigte auch sehr deutlich, dass es nicht um Bildung, sondern im Endeffekt um Kosten ging.

Wessen Bedürfnisse?

Die Hauptfrage ist, was mit dem Bildungssystem erreicht werden soll. Oder anders: an welchen Bedürfnissen sich die Bildung orientiert. Heute sollen Leistungsgedanke und Leistungskultur bei den Kindern und Jugendlichen verankert werden. In allen am Tisch liegenden Konzepten von SPÖ, FPÖ/BZÖ, ÖVP aber auch Grünen stehen daher auch die Bedürfnisse der Wirtschaft im Vordergrund. Wird die Bildung danach ausgerichtet heißt das eben Ausbildung der Masse für den Arbeitsmarkt und einer Minderheit für Gymnasien und Universitäten.

Wir wollen eine andere Bildung, eine die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert und eine bestmögliche Entwicklung garantiert!

Wer bekommt welche Bildung?

Die Frage, wie Schule aussieht ist auch geschichtlich gesehen mit der Frage verbunden für wen diese Schule sein soll. Unsere heutige Schule hat sich trotz der Veränderungen im Vergleich zu anderen Institutionen in den letzten Jahrhunderten nicht sehr verändert. Das betrifft den militärischen, klerikalen straffen Ablauf in Unterrichtseinheiten, die nüchternen nicht gerade fröhlichen Schulgebäude selbst, die Klassenräume, die Hierarchie und auch die Sitzaufteilung in der Klasse.

Ursprünglich sollte damit die Dominanz bzw. Herrschaft des Monarchen bzw. Gottes ausgedrückt werden. Neben der Bildung, stand also die „soziale Ausbildung“ seit der Schulpflicht mit im Klassenraum. Die SchülerInnen sollten schon in und durch die Schule ihren Platz in der Gesellschaft erken-

nen und erlernen. Deswegen wurden und werden auch teilweise heute noch „aufmüpfige“ SchülerInnen mit schlechten Noten bestraft. Neben dieser Schule gab es bereits im 16. Jahrhundert andere Schulen. Privatschulen für die aufstrebenden Kaufmannskinder mit offenem Schulraum und einer freieren Entwicklung der SchülerInnen. Die Frage, wer welche Bildung bekommt, war also schon immer eine der sozialen Herkunft.

Andere Schulkonzepte

Alternative Schulkonzepte gibt es also schon genauso lang, wie es das Regelschulwesen gibt. Bis heute große Bekanntheit haben Konzepte, die unter dem Begriff „Reformpädagogik“ zusammengefasst werden. Die bekanntesten sind Maria Montessori, Helen Parkhurst (Dalton-Plan), Peter Peterson (Jena-Plan), Rudolf Steiner und das Ehepaar Freinet. Sie entstanden als Antwort auf zumeist persönlich erlebte Missstände an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Gemeinsam ist ihnen die Schaffung einer möglichst angstfreien Lernatmosphäre, das Lernen zu Lernen (im Gegensatz zum Lernen von Fakten) in Kombination mit gemeinsamem Erleben und die Ansprüche des Kindes bzw. Jugendlichen in den Vordergrund der Schule zu rücken. Diese Konzepte haben bis heute Schule und Erziehung nachhaltig geprägt. So wird z.B. Montessori-Pädagogik auch in den Gemeindekindergärten in Wien angewandt.

Sie zeigen aber auch, dass Bildung und Erziehung nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind. So viele Gemeinsamkeiten sie in den wesentlichsten Grundlagen haben, so widersprüchlich sind sie auch. Rudolf Steiners Waldorfschule liegt ein religiös, esoterisches Weltbild und rassistisches Rassenkonzept zu Grunde. Maria Montessori prägte nicht nur die Erziehung von Straßenkindern, sondern auch maßgeblich die Schulpolitik in den 20er Jahren im faschistischen Italien. Das Ehepaar Freinet hatte gewerkschaftlichen, utopisch-sozialistischen Ansatz und Weltbild für ihre Pädagogik. Peter Petersen beschäftigte sich ähnlich zu Helen Parkhurst, deren Ideen das niederländische Bildungssystem maßgeblich geprägt haben, mit Fragen der Lernumgebung. Nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland ging Peterson in der NS-Ideologie auf und integrierte Antisemitismus, Rassenlehre und nordisches Herrenmenschentum in seine pädagogische Landschaft. Uns geht es hier nicht um die Auseinandersetzung mit den einzelnen reformpädagogischen Ansätzen sondern darum aufzuzeigen, dass diese nicht wertfrei zu betrachten sind und dass die Form des Unterrichtes nicht einfach von seinem Inhalt getrennt werden kann.

Breite Schulreform

Etwas zeitversetzt entwickelten sich im Sog der ArbeiterInnenbewegung eigene Modelle. Dazu gehören die sozialdemokratischen Schulreformen wie in Wien und Thüringen, aber auch die sowjetische Schule nach der

Oktoberrevolution 1917. Stark vereinfacht haben sich die sozialdemokratischen Reformen auf ein Nachholen der bürgerlich, demokratisch, republikanischen Schulreform beschränkt. Trotzdem erscheinen sie auch noch aus heutiger Sicht geradezu revolutionär: Verlegung des Religionsunterrichts in die Privatsphäre und damit Freizeit, Überarbeitung und Anpassung der Lehrpläne an die Lebens- und Lernrealität der SchülerInnen, Miteinbeziehung der SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern in die „Schulgemeinschaft“, Umwandlung der Klassen- in Lebensräume, Verbindung von geistiger mit körperlicher Arbeit und durch Werkstättenunterricht in Ganztagschulen und noch vieles mehr. All das zeigt, wie weit Schule schon war und stellt auch den heutigen Ansätzen kein gutes Zeugnis aus!

Trotzdem war auch damals die Reform nicht unumstritten. Linke SozialistInnen kritisierten, dass die Reform auf halbem Weg stecken geblieben wäre. Ein für sie wesentlicher Punkt war, dass von einem Idealbild von Schule und SchülerInnen ausgegangen wurde, die es in Klassengesellschaften nicht geben könne. Für sie ging es nicht nur um die Frage von Lerninhalten und Methoden, experimentiert wurde auch mit Formen echter Demokratie in den Bildungseinrichtungen – auch schon für die sehr kleinen. Demnach wird Schulpolitik nicht in Parlamenten, Gemeinderäten oder Kanzleien bestimmt, sondern letztlich durch gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (Klassenkampf). Sie orientierten sich an den Reformen der jungen Sowjetunion, wo die Frage nach Demokratie und andere in der Schule nicht von den allgemeinen politischen Verhältnissen getrennt wurden. Mit dem zunehmenden Stalinismus in der UdSSR, verlor schließlich auch die Schulreform an Substanz und endete schließlich in den 30er Jahren. Die Wiener Schulreform wurde 1934 durch den Austrofaschismus mit Stumpf und Stingel ausgerissen. Dass die Sozialdemokratie seit 1945 nicht mehr an diesen Reformen anknüpfte, zeigt den Rechtsruck und die zunehmende Verbürgerlichung der SPÖ.

Bildung & Migration – eine soziale, keine kulturelle Frage

Bei jeder neuen Studie über die Probleme im österreichischen Bildungswesen ist die FPÖ rasch mit den „Schuldigen“ zur Hand: die „Ausländer“ drücken das Bildungsniveau. Auch manche „Fortschrittlichen“ argumentieren damit, dass halt „im Islam Bildung keinen Wert“ hätte. Ein wissenschaftlich verbrämter Rassismus. Richtig ist, dass unter manchen MigrantInnen Gruppen das Bildungsniveau im Durchschnitt niedriger ist. Die Ursachen sind aber sozialer, nicht kultureller Natur. Kurz gesagt: weil MigrantInnen überproportional ärmeren Schichten angehören die geringere Chancen im Bildungssystem haben, scheinen sich die Probleme die sich im Bildungswesen als Folge sozialer Probleme ergeben bei MigrantInnen zu häufen. Aber auch hier ist es wichtig zu differenzieren. Bei jenen MigrantInnen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft leichter Zugang zur Bildung haben, ist der Anteil von AbsolventInnen einer höheren Ausbildungsebene, wie Universität sogar höher als unter „InländerInnen“. Das führt zu der Schere, dass einerseits 31% der bei Menschen mit Migrationshintergrund nur einen Pflichtschulabschluss haben (ohne Migrationshintergrund 13%). Aber andererseits ist der Anteil von MigrantInnen die eine Universität, Fachhochschule oder Akademie abgeschlossen mit 17% höher als jener der „inländischen“ Bevölkerung (14%).

Auch bei MigrantInnen ist also die Frage der Bildung eine Frage der Klassenzugehörigkeit und keine Frage der Herkunft ist. Bildungsarmut ist Armut im wörtlichen Sinn: Je geringer der Bildungsstand desto höher die Chance ohne Job und Arm zu sein. Alle Studien belegen: Auch diese Armut ist vererbbar. Kinder aus AkademikerInnenhaushalten besitzen eine ungleich höhere Chance auf ein Studium. Insbesondere die frühe Trennung in Haupt- bzw. Neue Mittelschule und AHS zementiert soziale Unterschiede ein. Hinzu kommt die Frage der Deutschkenntnisse. Mitgebrachte Kompetenzen von MigrantInnenkindern wie z.B. Mehrsprachigkeit werden als Mangel, nicht als Qualität behandelt. Dabei belegen Studien, dass Kinder eine Zweitsprache besser lernen, wenn auch ihre Erstsprache anerkannt und ihre Kompetenzen in der Erstsprache gefördert werden. Stattdessen werden Eltern mit Migrationshintergrund angehalten, zu Hause mit ihren Kindern deutsch zu sprechen und in der Schule werden die MigrantInnensprachen als Fremdsprachen gar nicht angeboten (warum soll italienisch wichtiger sein als türkisch?). Das kann dazu führen, dass keine der Sprachen gut beherrscht wird. Kinder mit verschiedenen Erstsprachen sind in Eliteschulen wie dem Lycée Français oder der oder der Vienna International School kein Problem. Sprachprobleme gibt es hier keine, weil ausreichend Mittel und

Möglichkeiten gegeben sind, eine gemeinsame Sprache zu lernen. Durch die „Integrationsvereinbarung“ sind MigrantInnen in Österreich verpflichtet innerhalb von zwei Jahren eine Deutschprüfung abzulegen. Für Menschen mit niedrigem Bildungsgrad, Menschen, deren Erstsprache ein anderes Alphabet hat, sowie Menschen, die nebenher einen Vollzeitjob haben, stellt das eine große Hürde dar. Hinzu kommen noch die enormen Kosten von bis zu mehreren tausend Euro für eine Familie. Statt zu motivieren wird gestraft und ausgewiesen. Unter dem Vorwand der sprachlichen Integration wird hier schikaniert sowie eine dem Arbeitsmarkt entsprechende Selektion vorzunehmen, denn für EWR-BürgerInnen und Schlüsselarbeitskräfte gilt das alles nicht.

Auch Eltern mit Migrationshintergrund wollen „das Beste“ für ihre Kinder. Wenn sie seltener auf Elternsprechtagen sind hat das weniger mit ihrem Desinteresse als mit einem Mangel an Zeit (Schichtarbeit!) bzw. eigenen Sprachproblemen zu tun. Eine Vorarlberger Studie belegt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ein hohes Interesse an Bildung haben. 14 % aller türkisch stämmigen Mädchen streben einen Hochschulabschluss an (genauso viel wie bei den „Österreicherinnen“), 51% der Burschen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien wollen Matura machen. Beim tatsächlich erreichten Abschluss sind die Werte allerdings weit geringer. Auch hier liegt es also offensichtlich nicht daran, dass Bildung kein Wert zugemessen würde, sondern dass Wunsch und Möglichkeit weit auseinander klaffen. Eine Kluft die soziale Wurzeln hat. Je geringer das Familieneinkommen, desto früher müssen alle verdienen und umso weniger Geld ist für eine längere (und auch teurere) Ausbildung. Ist Wohnraum teuer und daher beengt, ist es schwer neben spielenden Geschwistern zu lernen. Eben weil Bildung in Österreich keineswegs kostenlos ist, ist sie für viele Familien schlicht nicht leistbar. Hinzu kommt, dass hierarchische Strukturen und Instrumente wie Noten rassistische Vorurteile, von denen Lehrende ja auch nicht frei sind, zu absoluten Barrieren werden lassen. Diverse Studien belegen die Willkürlichkeit von Noten und das Lehrende durch ihr Bild von den Lernenden extrem beeinflusst sind. Und natürlich gibt es auch Fälle, wo rassistische Lehrende bei Prüfungen einfach auf einen Fleck prüfen.

- » Kostenlosen qualifizierten Sprachförderunterricht für Menschen jeder Altersstufe, die Probleme mit der deutschen Sprache haben (gilt auch für Menschen ohne Migrationshintergrund)
- » Eine Wohnbauoffensive und die Koppelung der Mieten ans Einkommen. Ghettobildung ist das Ergebnis von niedrigen Einkommen und zu teuren Wohnungen. Ohne Ghettos ist auch die Verteilung von Kindern mit Sprachproblemen auf alle Schulen breiter und damit die Möglichkeit, diese Kinder in Kindergarten und Schule zu unterstützen größer.

- » Mehrsprachigkeit muss gefördert werden: kleinere Klassen, mehr LehrerInnen und mehrsprachige BegleitlehrerInnen sowie das Recht, in der Übergangsperiode bis zum vollständigen Erlernen der Hauptsprache Prüfungen in der Erstsprache ab zu legen.
- » Angebot der häufigsten MigrantInnensprachen als Fremdsprachen in Schulen
- » Um die Vererbung von Bildungsarmut zu vermeiden braucht es eine gemeinsame Schule aller Kinder und Jugendlichen von 6-18 die Allgemeinbildung sowie eine Berufsausbildung umfasst und nicht nur kostenlos ist, sondern auch den SchülerInnen ein Einkommen zukommen lässt.

Geld ist genug da –

Holen wir es uns von denen, die es haben!

Trotz Lippenbekenntnissen und Krokodilstränen von Politik und Wirtschaft über die Wichtigkeit von Bildung sprechen die Fakten eine andere Sprache: seit Jahrzehnten wird gekürzt und gespart. Gleichzeitig werden Unsummen in Unternehmensförderungen oder -rettungen wie im Zuge der Wirtschaftskrise gesteckt. Es ist also nicht die Frage, ob überhaupt Geld da ist, sondern die Frage wofür dieses Geld verwendet wird. Das bei der Bildung gespart wird hat auch politisch-ideologische Gründe. Nach den 1970er Jahren gab es eine Reihe fortschrittlicher Konzepte, die in Richtung Verbreiterung der Bildung für alle gingen. Das widerspricht aber den Interessen einer Klassengesellschaft. Natürlich werden es die WirtschaftsvertreterInnen und ihre FreundInnen in der Politik nicht so deutlich sagen: aber sie wollen eine Massenbildung auf einem wirtschaftsfreundlichen Niveau und eine höhere Bildung nur für eine relativ kleine Schicht. Daher haben diverse neoliberale Prinzipien auch im Bildungswesen Einzug gehalten.

Wo das Geld gekürzt wird:

- 1995 übernahm Elisabeth Gehrler das Bildungsministerium, dem 2000 auch die Wissenschaftsagenden zugeteilt wurden. Damit begann die massivste Einsparungswelle in der österreichischen Bildungspolitik. Trotz regelmäßig schlechtem Abschneiden bei internationalen Bildungsvergleichen steht Bildung neben Gesundheit und Sozialem stets an erster Stelle, wenn es um Einsparungen geht. Gleichzeitig wird der Einfluss der Privatwirtschaft auf Bildungseinrichtungen erhöht.
- 1996 wurden mit dem Schulorganisationsgesetz und
- 2002 mit dem Universitätsgesetz Schulen und Universitäten angehalten, private Sponsoren zu organisieren, um sich selbst aus dem finanziellen Schlamassel zu ziehen.
- 2002 wurde auch das Uni-Dienstrecht geändert. Seitdem werden nur mehr bis max. vier Jahre befristete Dienstverhältnisse angeboten. Danach muss die Uni gewechselt werden (meist auch der Wohnort).
- 2003 wurden zwei Unterrichtsstunden eingespart, was logischerweise zu einer Reduktion der LehrerInnen führte.
- 2007 stimmten alle Parlamentsparteien zu, das Uni-Budget von damals 1%, bis 2015 auf 2% des BIP zu erhöhen. Derzeit sind es 1,3%, jedoch wird es bis 2013 keine Erhöhung geben und danach nicht einmal mehr eine Anpassung. Da die Anzahl Studierenden steigt, bedeutet diese Maßnahme real eine Kürzung des Uni-Budgets.

- 2007 wurde die KlassenschülerInnenhöchstzahl für die AHS-Unterstufe auf 25, und für die AHS-Oberstufe und die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen auf 30 festgelegt. Für Volks- und Hauptschulen gilt 25 nur als unverbindlicher Richtwert. Diverse Ausnahmeregelungen gestatten es jedoch, dass in 50% aller AHS-Unterstufenklassen und fast 10% aller Hauptschulklassen noch immer mehr als 25 SchülerInnen unterrichtet werden. Für Berufsschulen gibt es keine Begrenzung, weswegen auch in 27% aller BS-Klassen mehr als 25 SchülerInnen sind.

Auch für Lehrlinge sieht es nicht rosig aus.

- Unter schwarz-blau wurde die Probezeit verlängert, und gleichzeitig die Behaltefrist nach Abschluss der Lehre verkürzt.
- 2005 wurde der „Blum-Bonus“ eingeführt (staatliche Subventionen wenn Unternehmen Lehrlinge aufnehmen), wodurch Lehrlinge den Unternehmen fast nichts mehr kosten; also äußerst billige Arbeitskräfte sind. Trotzdem gehen die Lehrstellen in der „freien Wirtschaft“ ständig zurück.
- 2007 wurde auf Vorschlag der Sozialpartner der Kündigungsschutz für Lehrlinge weitgehend aufgehoben.

Diese jahrelange Sparpolitik wird mit dem aktuellen Budget noch massiv verschärft:

- 25 % spart das AMS bei der Lehrlingsausbildung ein, obwohl die Anzahl der überbetrieblichen Lehrstellen 2010 um 1.500 erhöht wurden.
- Bei der Familienbeihilfe für Lehrlinge soll gekürzt werden.
- 100 Mio Euro Einsparungen bei der Erwachsenenbildung durchs AMS.
- Verschärfung der Zugangsbeschränkungen an Universitäten und Knock-out-Prüfungen in der Studieneingangsphase.
- 735 Mio. Euro werden in den nächsten vier Jahren im Bildungsministerium eingespart.
- Durch die Kürzung bei der Familienbeihilfe wird für viele ein Studium unmöglich.

Wo das Geld ist:

Die Geld, das bei Bildung eingespart wird, wird postwendend den Banken und Konzernen überwiesen. Das ist besonders in der Wirtschaftskrise deutlich geworden.

Tatsächlich ist Österreich kein armes Land. Die Unternehmensgewinne fließen ebenso wie die Aktiendividenden. In den Bildungsprotesten gab es die Forderung „10 Milliarden für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne“. Den mehr als zehn Milliarden hatte die Regierung im Bankensicherungspaket binnen weniger Tage den maroden Banken zur

Verfügung gestellt. Jene VertreterInnen der Wirtschaft, die z.B. auch beim Bildungsvolksbegehren mitmachen sind genau dieselben, die hohe Gewinne einstreifen und dafür sorgen, dass diese kaum besteuert werden. Die Frage ist also nicht „wo ist das Geld“ sondern bloß „wie kommen wir da ran um es für die Bildung einzusetzen“.

- Alleine die ATX-Unternehmen haben 2010 fast zwei Milliarden Euro an Gewinn ausgeschüttet, fast die Hälfte des Gesamtgewinns wurde also nicht investiert.
- 1997–2006 haben sich die Gewinneinkommen mehr als verdoppelt
- Das reichste Prozent der privaten Haushalte in Österreich hält 27 % des gesamten Vermögens und hat damit einen größeren Anteil am Vermögen als 90 % der Bevölkerung.
- 65 % der gesamten Steuereinnahmen in Österreich stammen aus Lohn- und Mehrwertsteuern, aber nur 1,4 % aus Vermögenssteuern.

Sonderfall 1: Religionsunterricht

Religionsunterricht wurde bei allen Sparmaßnahmen stets ausgeklammert. Stattdessen wird bei anderen Gegenständen gekürzt. In einem angeblich sekulären Staat zahlen wir alle für ReligionslehrerInnen, Religionsbücher und stellen öffentliche Räume für religiöse Propaganda zur Verfügung. Religion ist Privatsache und hat an den Schulen nichts zu suchen. Wenn Religionsgemeinschaften eine religiöse Bildung anbieten wollen, steht ihnen das wie jedem anderen Verein frei – aber bitte nicht auf unsere Kosten!

Sonderfall 2: Private Bildungseinrichtungen

Während bei der öffentlichen Bildung gespart wird, werden private Bildungseinrichtungen mit unserem Geld gefördert. Das gilt für konfessionelle Schulen ebenso wie diverse Eliteeinrichtungen. Alternative Projekte hingegen müssen um jeden Cent ringen. Alle Kinder haben das Recht auf die beste mögliche Bildung – reformpädagogische Ansätze sollen nicht nur in wenigen privaten Initiativen Platz haben, optimale Ausstattung darf es nicht nur in teuren Privatschulen/Universitäten geben. Schluss mit der Förderung von privaten Bildungseinrichtungen, all das muss ins öffentliche Schulsystem integriert, demokratisch von Lernenden, Lehrenden und Eltern verwaltet und auf alle Bildungseinrichtungen ausgedehnt werden.

Statt Ärgern - gemeinsam Organisieren!

Der Unmut über die Missstände ist riesengroß. Aber „Was tun?“ In allen Bildungsbereichen gibt es demokratische Strukturen. Elternvereine, Schulgemeinschaftsausschuss (SGA), LehrlingssprecherInnen, Betriebsräte und die Gewerkschaft sowie Studienrichtungsvertretungen und die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH). All diese Strukturen kann und soll mensch nutzen um Probleme aufzuzeigen und Lösungen anzubieten. Und doch sind die Möglichkeiten im Rahmen dieser Strukturen teilweise sehr beschränkt.

Die Möglichkeiten sind beschränkt

Im SGA werden die SchülerInnen meistens einfach überstimmt, weil sie zwar die Mehrheit an der Schule stellen, aber im SGA nur ein Drittel der Stimmen haben. Trotzdem können Klassen- und SchulsprecherInnen bzw. StudienrichtungsvertreterInnen ihre Position für politische Arbeit als Bühne nutzen. Sie können beispielsweise durch Klassen/Vorlesungen gehen und Konferenzen oder HörerInnenversammlungen einberufen, um Kampagnen zu organisieren bzw. zu unterstützen. Ähnlich ist die Situation bei LehrlingssprecherInnen bzw. Berufs- und KlassensprecherInnen in Berufsschulen. Sie können – manchmal auch mit Unterstützung der Gewerkschaft – die Rechte von Lehrlingen verteidigen und dafür auch Aktionen organisieren. Bei Lehrlingen wird das allerdings noch weniger gern gesehen als bei SchülerInnen. Sie sind schon ArbeitnehmerInnen – und am Arbeitsplatz sind Druck und Hierarchien noch stärker. Umso wichtiger ist es hier, Unterstützung von der Gewerkschaft einzufordern und sich mit anderen Lehrlingen und KollegInnen zu organisieren.

Lehrende und andere Beschäftigte im Bildungswesen können und sollen sich auf betrieblicher Ebene organisieren. Heute sind in Betriebsräten und der Personalvertretung teilweise Leute, die sich eine schnelle Karriere und Aufstieg zu höheren Positionen versprechen. Manchmal sehen sich diese Strukturen auch als Co-Management. Doch so können die Interessen der Beschäftigten nicht verteidigt werden.

Oft wird auch versucht, die Themen um die sich diese Strukturen kümmern eng zu begrenzen. Also der Kaffeeautomat in der Schule, das nächste Sportfest im Betrieb, Prüfungsmodalitäten an den Unis, Kollektivvertragsforderungen bei Lehrenden etc. Eine Beschränkung auf die „eigenen“ Themen heißt, die Kürzungen zu akzeptieren und zu versuchen, die – häufig durch den Geldmangel erzeugten Probleme – „systemintern“ zu lösen. Es geht also dann nur um die Frage, „wo sparen“ und nicht „wie Kürzungen verhindern“. Aber

warum sollen sich z.B. LehrlingssprecherInnen nicht gegen das Budget und die Kürzungen der Regierung wenden?

Strukturen nutzen, soweit möglich

Die ÖH, die offizielle Vertretung der Studierenden, sieht teilweise über den Tellerrand der Uni-Politik hinaus. Sie unterstützt z.B. Mobilisierungen gegen Nazis. Sie hat auch Proteste gegen die Kürzungen bei Studierenden und die neuen Zugangsbeschränkungen (mit)organisiert. Das ist gut. Gleichzeitig hofft sie aber immer wieder, durch Verhandlungen mit den Ministerien Angriffe auf Studierende abzuwehren, organisiert v.a. symbolische Proteste. Die ÖH könnte also wesentlich mehr sein, als sie derzeit ist. Als ernsthafte Kampforganisation für Studierende müsste sie weiterführende Kampfstrategien entwickeln. Das würde allerdings eine gänzlich andere ÖH, mit einer anderen Führung und wirklich demokratischen Struktur bedeuten.

Auch wenn diese Strukturen wie ÖH, ÖGB etc manchmal z.B. zu größeren Demonstrationen aufrufen haben sie aber keine weiterführenden Konzepten und keine Kampfstrategie. Natürlich gibt es Unterschiede im Auftreten, den Forderungen etc. – aber das grundlegende Problem, dass über die Köpfe der Basis hinweg versucht wird Ergebnisse „auszuverhandeln“ als zu erkämpfen, dieses Problem zieht sich durch alle diese Strukturen. Es stellt sich daher oft heraus, dass die angeblichen „Mitbestimmungsmöglichkeiten“ kaum wirkliche Möglichkeiten bieten. SchülerInnen können LehrerInnen nicht abwählen, wenn diese z.B. rassistisch sind. Auch in der Gewerkschaft wird oft über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg ein Deal geschlossen, über den die KollegInnen noch nicht einmal abstimmen können.

Selbstorganisation ist notwendig!

Es kann Sinn machen, für Strukturen wie SGA, ÖH bzw. Betriebsrat/Lehrlingsvertretung zu kandidieren und sie als politische Bühne zu nutzen, um mehr Menschen zu erreichen. Aber es reicht nicht, nur in den existierenden Strukturen zu arbeiten. Diese können genutzt werden, um Themen und Ideen aufzuwerfen. Aber um wirkliche Veränderungen zu erkämpfen, braucht es mehr. Kämpferische AktivistInnen, AntikapitalistInnen und SozialistInnen müssen sich vor Ort in ihren Schulen, Ausbildungsplätzen und Universitäten organisieren. Solche Strukturen sind nötig, um eigene Positionen zu entwickeln, Wahlkämpfe für Positionen zu führen und wenn nötig an offiziellen Strukturen vorbei zu arbeiten. Es ist notwendig, auch unabhängige Strukturen aufzubauen. Das bedeutet, eigenständige Kämpfe zu führen und sich dabei von bürokratischen Strukturen nicht bremsen zu lassen. Dazu müssen eigenständige Forderungen und Kampfvorschläge erarbeitet und gegebenenfalls auch umgesetzt werden. Dies beinhaltet aber auch, sich aktiv für kämpferische Vertretungen, egal ob an Uni, Schule oder im Betrieb, einzusetzen. Teil

dieser Arbeit kann es auch sein, für Positionen in Strukturen wie dem SGA oder Organisationen wie ÖH und Gewerkschaften zu kandidieren. Es besteht ein Wechselverhältnis zwischen der Arbeit innerhalb solcher Strukturen und dem Aufbau unabhängiger Strukturen. Denn eine Kandidatur für eine existierende Struktur ist immer verbunden mit dem Anspruch, dieser eine gänzlich andere, eine kämpferische Führung zu geben.

Notwendig ist ein Zusammenschluss der Kämpfe der verschiedenen Teile des Bildungssektors. Die Probleme von SchülerInnen, Lehrlinge, Studierende, Lehrende und gewerkschaftliche AktivistInnen haben die gleichen bzw. ähnliche Ursachen. Sie müssen sich zusammenschließen um gegenseitige Solidarität zu schaffen. So können Strukturen geschaffen werden, die die gegenseitige Unterstützung von Kämpfen ermöglichen. Wird eine Betriebsratsmehrheit durch kämpferische AktivistInnen gestellt, können diese Solidarität mit SchülerInnen und Studierenden aufbauen, Proteste gegen Personalmangel organisieren und wenn notwendig Streikaktionen planen. SchulsprecherInnen können Solidaritätsstreiks mit Lehrlingen organisieren oder für bessere Arbeitsbedingungen der KindergärtnerInnen Aktionen setzen. Eine solche Selbstorganisation geht weit über den Rahmen der existierenden Strukturen hinaus. Sie steht für eine kämpferische Taktik der Menschen im Bildungswesen. Solch eine Struktur muss auch demokratisch und transparent aufgebaut sein. So können gemeinsame Strategien erarbeitet werden und koordinierte und schlagkräftige Aktionen durchgeführt werden. Hier gab es in den letzten Jahren zahlreiche Ansätze die gezeigt haben, dass Menschen die etwas ändern wollen auch bereit sind, sich dafür zu organisieren: beim SchülerInnenstreik, beim Kindergartenaufstand, bei Uni-brennt und auch im LehrerInnenbereich.

Es gibt kein „Patentrezept“ wie eine solche Organisation aussieht, aber doch einige Erfahrungen:

- Mit einer Unterschriftenlisten, Plakaten und Flugblättern zum Thema andere Betroffene ansprechen. Auf den Listen sollten Spalten für Name, Handynummer und E-Mailadresse sein.
- Mach dir mit den Leuten, die unterschrieben haben, ein Treffen aus, besprecht was die Probleme sind, was wichtige Forderungen. Wer sind BündnispartnerInnen und wo gibt es andere Betroffene, mit denen Kontakt aufgenommen werden kann.
- Organisiert Veranstaltungen zum Thema und Protestaktionen um Aufmerksamkeit zu erregen.
- Eure Strukturen brauchen Demokratie – wählt VertreterInnen die ihr auch wieder abwählen könnt. Entscheidet bei zentralen Fragen gemeinsam in Urabstimmungen. Organisiert Diskussionen in einer Form und Länge, dass alle teilnehmen

können (lang genug, dass mensch zu Wort kommt, kurz genug, dass auch Menschen mit Familie teilnehmen können).

- Gut wenn existierende Strukturen die Proteste unterstützen, wenn nicht, lasst Euch davon nicht bremsen. Es geht auch ohne!
- Es gibt viele Protestformen – lasst Euch nicht einreden, Schulstreik wären illegal oder im Bildungsbereich „darf“ nicht gestreikt werden.
- Ideen zur praktischen Organisation von Arbeitskämpfen bzw. Streiks finden sich u.a. in der SLP-Broschüre „Streik – kurz & bündig“

Aber auch dies ist noch nicht genug. Die Bildungskrise ist Teil der Krise des kapitalistischen Systems in dem wir leben. Wollen wir Bildung grundlegend ändern, müssen wir gemeinsam mit Jugendlichen, Lohnabhängigen aus anderen Bereichen, Erwerbslosen und PensionistInnen für eine andere, eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen. Die SLP tritt für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ein, die für eine solche Veränderung streitet. Wenn du mit uns übereinstimmst, nimm Kontakt auf, trete der SLP bei und werde mit uns aktiv!

Bildung ganz anders

Frei nach Marx ist das herrschende Bildungssystem das System der herrschenden Klasse. Zwar gibt es daran durchaus auch von ihren VertreterInnen Veränderungswünsche, doch keine grundsätzlichen.

Reformvorschläge und -modelle gibt es genug: In vielen Kindergärten wird mit Montessorri oder anderen alternativen Methoden gearbeitet. Es gibt Schulen die durch kleine Klassenzahlen und individuelle Lehr- und Lernpläne punkten. Es gibt Schulen ohne Noten. Es gibt Kindergärten und Schulen mit Integrationsgruppen/klassen, wo immer auch einige SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen sind. Es zeigt, dass die Gemeinsamkeiten größer als die Unterschiede sind, dass wir alle unsere Stärken und Schwächen haben und „behinderte“ Menschen vollwertige und gleichberechtigte Mit-Lernende sind und v.a. Durch die Art, wie das Bildungs- und Gesellschaftssystem ausgerichtet ist, behindert werden (z.B. indem die Regierung das Geld kürzt, um Gebäude wie Universitäten barrierefrei zu machen). Es gibt Schulen, wo Kinder verschiedenen Alters in gemeinsamen Lerngruppen arbeiten, und es das Prinzip der starren Klassen überhaupt nicht gibt. Es gibt auch Bildungsmodelle wo mensch neben der höheren Bildung auch einen handwerklichen Beruf erlernen kann. Es gibt sogar Schulen wo sich die SchülerInnen den Lehrplan selbst zusammenstellen können, und selbst entscheiden, was sie wann lernen möchten. Denn gerade junge Kinder lernen sehr gerne und es gilt, sie darin zu fördern und zu motivieren, anstatt ihnen die Freude am Lernen durch ein unflexibles Schulsystem zu nehmen. Und es gibt Schulen wo Jugendliche mit völlig unterschiedlichen Muttersprachen optimale Lernfortschritte erzielen. All diese Schulen sind bestenfalls Schulversuche, aber in der Regel Privatschulen und kosten viel Geld. Auch an den Universitäten werden immer wieder r wieder demokratischere bzw. selbstbestimmtere Lernmodelle entwickelt. Viele Menschen organisieren sich selbst in Gruppen um Dinge zu lernen. Der Mensch, dieses neugierige Wesen, lernt eigentlich sein ganzes Leben lang – nur wird es ihm von unserer Gesellschaft oft reichlich schwer gemacht.

Für optimale Bildung für alle ist in unserer kapitalistischen Gesellschaft kein Geld da, weil sie kein Ziel ist. Auch und gerade im Bereich Bildung gilt, dass nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Notwendigkeiten der kapitalistischen Logik im Zentrum stehen. Aufgrund der Arbeitsteilung braucht die Wirtschaft Menschen mit unterschiedlichem Bildungsniveau für unterschiedliche Arbeiten – FließbandarbeiterInnen „funktionieren“ auch nur mit Grundkenntnissen, IngenieurInnen brauchen ein höheres Bildungsniveau. Wie viel Bildung und welche das System Menschen zugesteht hängt also nicht von Interessen und Fähigkeiten ab, sondern zentral von der Rolle ab, die sie im kapitalistischen Produktionsprozess spielen sollen.

Doch das muss nicht so sein. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Und das bedeutet auch ein ganz anderes Bildungswesen. Eines, wo wir unser ganzes Leben lang die Möglichkeit haben, Dinge zu lernen, die uns interessieren. Wo lernen nicht primär ziel orientiert („damit ich einen Job krieg“) ist, sondern Menschen viele unterschiedliche Dinge versuchen und lernen können. Wo wir uns nicht zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen Theorie und Praxis oder zwischen Lernen und Arbeiten entscheiden müssen, sondern beides verbunden wird und für beides Zeit und Raum ist und auch nicht das eine „mehr wert“ ist als das andere. Wo Lernen, Wissenschaft und Arbeit nicht künstlich getrennt werden und so das ganze menschliche Forschungspotential genutzt werden kann. In einer solchen Gesellschaft sind nicht nur die Methoden mit denen gelernt wird anders, sondern auch die Inhalte. Denn die Inhalte sind immer ein Spiegel des Kräfteverhältnisses der Klassen. In einer kapitalistischen Gesellschaft orientieren sich die Lerninhalte an den Bedürfnissen und damit der Ideologie der kapitalistischen Klassen. In einer sozialistischen Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sind somit auch die Inhalte andere. Wir wollen eine Gesellschaft, wo wir die nötige Unterstützung erhalten, wenn wir etwas lernen möchten. Wo aber Lernen keine Einbahnstraße ist, sondern die LernunterstützerInnen auch gemeinsam mit und von denen lernen, die auf diesem Gebiet noch weniger wissen. Eine solche Gesellschaft hat auch einen anderen Zugang zu Demokratie.

Bei jedem Spiel der Nationalmannschaft gibt es acht Millionen TrainerInnen. Ähnlich bei der Schule – jedeR war dort, hat eine Meinung dazu und hat Vorschläge, wie es besser gehen kann. Dabei können natürlich auch krude Ideen entstehen. Aber grundsätzlich sind tatsächlich die Betroffenen – Lernende, Lehrende und Eltern die wahren ExpertInnen. Bei den Studierendenprotesten der letzten Jahre haben die Studierenden selbst – teilweise gemeinsam mit den Lehrenden – Vorlesungen und Seminare organisiert. Das dort erlangte Wissen und Können wurde allerdings nicht mit Noten oder Punkten belohnt...

Das heutige Schulsystem geht von einem sehr einseitigen Bildungsbegriff aus bei dem es die wissenden Lehrenden und die unwissenden Lernenden gibt. Entsprechend geht die Politik auch von wenigen ExpertInnen aus, die wüsten, wie es besser geht und spricht den Betroffenen diese Fähigkeit ab. In einer anderen Gesellschaft werden die verschiedenen Bildungseinrichtungen von den Menschen die dort lernen und arbeiten gemeinsam verwaltet. Eine echte, lebendige Demokratie beinhaltet gerade auch die Mitgestaltung meines direkten Lebensumfeldes – und dazu gehören Kindergarten, Schule und Universitäten. Fünfjährige werden nicht den gesamten Lehrplan allein entscheiden können, aber wenn z.B. gesunde Ernährung ein wichtiger Punkt ist, können sie sehr wohl bei der Erstellung des Speiseplanes mitgestalten. Viele konkrete Beispiele aus der Praxis zeigen, dass Menschen – auch sehr junge – absolut dazu in der

Lage sind, sich verantwortungsvoll einzubringen und mit zu gestalten. Wenn mensch sie lässt. Demokratie ist für eine andere, nicht profit-orientierte sozialistische Gesellschaft absolut notwendig und muss alle Bereiche und damit auch das Bildungswesen auf allen Ebenen umfassen.

Als SozialistInnen kämpfen wir für jede noch so kleine Verbesserung im jetzigen Bildungssystem. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden.

Wer ein wirklich anderes, freies und demokratisches Bildungswesen möchte, in dem Kinder nicht angepasst und gebrochen werden der/die wird rasch feststellen, dass es dafür Grenzen im herrschenden System gibt.

- » Dass eine so grundsätzliche Veränderung die kapitalistische Logik an sich in Frage stellt.
- » wir ein völlig anderes Bildungssystem nur gemeinsam mit jenen Menschen erkämpfen können, die ähnliche Interessen haben und es dafür einen entschlossenen politischen Kampf braucht bei dem die wahren ExpertInnen – Lernende, Lehrende und Eltern – gemeinsam kämpfen.
- » Dass Volksbegehren gemeinsam mit der Industriellenvereinigung oder Pseudoreformen von MinisterInnen nichts bringen.
- » Dass Bildung ein Thema ist, dass v.a. die ArbeiterInnenklasse – also die sogenannten „normalen Menschen“, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und ihre Familien – betrifft.
- » Dass wir dazu kämpferische Gewerkschaften brauchen, die echte Bildungskonzepte erarbeiten und das Thema nicht „der Politik“ überlassen.
- » Dass wir eine echte ArbeiterInnenpartei brauchen, die sich nicht nach der Decke des „Machbaren“ streckt sondern gemeinsam mit Lernenden, Lehrenden und Eltern für ein völlig anderes Bildungswesen kämpft.
- » Dass ein anderes Bildungssystem auch ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem braucht.
- » Dass wir mit einem entschlossenen Kampf auch jetzt viel erreichen können, aber dass nur in einer sozialistischen Gesellschaft, in der nicht mehr Profite im Zentrum stehen ein wirklich anderes Bildungssystem möglich ist, das den Menschen und seine Neugier, seinen Wunsch zu lernen und seine Kreativität ins Zentrum rückt.

Das SLP-Bildungsprogramm:

- » Kostenlose flächendeckende Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand für jedes Kind
- » Kleinere Gruppen/Klassen/Seminare, mehr Lehrende mit ordentlicher Bezahlung und Ausbildung.
- » Für eine gemeinsame Schule aller sechs bis 18-jährigen mit Allgemeinbildung und Berufsausbildung.
- » Echte Ganztagschulplätze mit interessantem Freizeitangebot und Lernunterstützung durch qualifizierte und gut bezahlte Betreuungspersonen sowie gesundes und kostengünstiges Essen.
- » Kostenlosen qualifizierten Sprachförderunterricht für Menschen jeder Altersstufe, die Probleme mit der deutschen Sprache haben (gilt auch für Menschen ohne Migrationshintergrund)
- » Angebot von MigrantInnensprachen als Fremdsprachen in Schulen
- » Kleinere Klassen, mehr LehrerInnen und mehrsprachige BegleitlehrerInnen sowie das Recht, in der Übergangsperiode bis zum vollständigen Erlernen der Hauptsprache Prüfungen in der Muttersprache abzulegen.
- » Ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm in alle Sektoren des Bildungswesens – Geld für Bildung statt für Banken!
- » Schluss mit kasernenartigen Gebäuden, Frontalunterricht und autoritären Strukturen im Bildungswesen.
- » Schluss mit dem Prüfungswahn und der Beschränkung auf auswendig gelernte Fakten – Wir wollen hinterfragen – nicht auswendig lernen!
- » Schluss mit ungerechten und willkürlichen Notensystem – Fähigkeiten können nicht in Noten gepresst werden.
- » Raus mit der Wirtschaft aus Schulen und Hochschulen – qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen müssen flächendeckend von der öffentlichen Hand angeboten werden.

- » Für echte überbetriebliche Lehrwerkstätten wo optimale Berufsausbildung mit ordentlicher Bezahlung verbunden wird. Nein zu dubiosen Firmen, in denen Jugendliche wochenlang nur herum sitzen.
- » Für ein am Mindestlohn orientiertes Einkommen für SchülerInnen, Lehrlinge und Studierende. Soziale Absicherung ohne Abhängigkeit von den Eltern.
- » Freier und kostenloser Zugang zu allen Ebenen des Bildungswesens für alle: Weg mit Zugangsbeschränkungen und sozialen Hürden!
- » Ordentliche Bezahlung und reguläre Beschäftigungsverhältnisse für Lehrende und Betreuende, Verbesserung des Betreuungsschlüssels und der Arbeitsbedingungen.
- » Garantierte Jobs nach der Ausbildung – für Lehrlinge und Studierende.
- » Lebenslanges Lernen muss möglich sein: Stipendien und Kostenfreiheit sowie das Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung für Beschäftigte
- » Schluss mit autoritären Strukturen im Bildungswesen: Echte demokratische Selbstverwaltung der Bildungseinrichtung von Lernenden, Lehrenden und Eltern sowie weiterem an Bildungseinrichtungen beschäftigten Personal (Administration, Putzpersonal, Hauswarte, etc.)
- » Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Betrieben.
- » Schluss mit der schleichenden Privatisierung der Bildungskosten – mehr öffentliches Geld ins Bildungswesen
- » Gemeinsamer Kampf von Lernenden, Lehrenden und Eltern sowie weiterem an Bildungseinrichtungen beschäftigten Personal für mehr Geld und Verbesserungen im gesamten Bildungswesen. Die Solidarität zwischen den verschiedenen Sektoren ist hier ein wichtiger Faktor.
- » Lasst die wahren BildungsexpertInnen entscheiden – Lernende und Lehrende, VertreterInnen der Gewerkschaften, der Gesellschaft und nicht die Wirtschaft!

- » Ein Bildungswesen, das sich an den Bedürfnissen der Lernenden und Lehrenden orientiert, das den Menschen und seine Neugier, seinen Wunsch zu lernen und seine Kreativität ins Zentrum rückt und sich nicht an Profitinteressen orientiert – ein solches anderes Bildungssystem braucht ein anderes, ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.



Die Sozialistische LinksPartei: Aktiv, international, sozialistisch!

Die SLP ist aktiv. Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krise, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

Die SLP ist international. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

Die SLP ist demokratisch. Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc. unabhängig. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn.

Die SLP ist sozialistisch. Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

Monatlich sozialistische Nachrichten. Die SLP bringt in ihrer Zeitung **VORWÄRTS** monatlich sozialistische Standpunkte, Analysen zu aktuellen politischen – nationalen wie internationalen – Fragen und Berichte aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Kampagnen. Das **VORWÄRTS** können Sie/kannst du abonnieren.

Mitmachen. Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse! Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben / hast, dann zögern Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ slp@slp.at 🌐 www.slp.at

SLP
Sozialistische LinksPartei

Preis: € 3,- **Solidaritätspreis: € 4,-**